



thek

Einzelnummern: Die Einzelnummern kosten 20 Pf. Familien- ausgaben u. Bestellungen 30 Pf. Die Bestellungen sind 40 Pf. für Kasse und 30 Pf. für Post. Die Bestellungen sind 40 Pf. für Kasse und 30 Pf. für Post. Die Bestellungen sind 40 Pf. für Kasse und 30 Pf. für Post.

erschint 3 mal wöchentlich, mit 16 Seiten. Preis 20 Pf. und 10 Pf. für Studenten. Die Bestellungen sind 40 Pf. für Kasse und 30 Pf. für Post.

Sächsische Volkszeitung

Verlagssort: Dresden, Postfach 11, 1028. Druck: J. G. Neumann, Dresden, Postfach 11, 1028.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, Postfach 11, 1028.

Vor einem neuen Umsturz in Spanien?

Bombenanschläge und Unruhen im ganzen Lande — Parlamentsauflösung in Irland Reichskanzler a. D. Cuno †

Eine Welle von Attentaten

Madrid, 3. Januar.

Die sozialen Konflikte, die in ganz Spanien ausgebrochen sind, geben der Regierung Anlaß zu Besorgnis. Die Polizei hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Trotzdem sind im Laufe des gestrigen Montags allenthalben Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen, vor allen Dingen in der Provinz Asturien, wo nicht weniger als 50 Bomben und Sprengkörper zur Explosion kamen. Allerdings ist nur Sachschaden angerichtet worden. In Saragossa sind ungefähr 150 Anarchisten verhaftet worden.

wtb. Paris, 3. Januar.

Nach einer Meldung des Journal aus Madrid läßt das Kriegsministerium besonders die Garnisonen von Saragossa, Valencia und Madrid überwachen, da radikale Elemente in diesen Garnisonen Propaganda trieben. Man habe auch neue Bomben- und Waffenslager entdeckt und sei einer Verschwörung auf der Spur gekommen.

Flucht spanischer Deportierter

wtb. Madrid, 3. Januar.

Der Innenminister erklärte, daß 29 der wegen Beteiligung an der Aufstandsbewegung vom 10. August vorigen Jahres nach Afrika deportierten Personen aus dem Fort Villa Cloneros, wo sie in Haft gehalten wurden, geflüchtet sind. Sie benutzten zur Flucht einen französischen Segler. Der Gouverneur von Rio de Oro wurde abgesetzt, ebenso der Befehlshaber von Cap Jubay. (Ueber die Hintergründe der Vorgänge in Spanien bringen wir einen ausführlichen Artikel auf der ersten Seite des Innenblattes.)

Parlamentsauflösung in Irland

wtb. Dublin, 3. Januar.

Durch eine heute früh veröffentlichte Proklamation ist nicht nur, wie gemeldet, das Abgeordnetenhaus sondern auch der Senat aufgelöst worden. Pressevertretern gegenüber erklärte de Valera, daß der Auflösungsbeschluss mit der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheit mit der Arbeiterpartei zu tun habe.

Über den Berg?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Das deutsche Volk von Neujahr 1933 ist nicht mehr dasselbe wie das vom Neujahr 1932. Dafür waren die Kämpfe dieses letzten Jahres zu leidenschaftlich und zu hart. Für Millionen und Abermillionen deutscher Volksgenossen hatte das Jahr 1932 mit einem politischen Illusionismus begonnen, wie er romantischer und weltfremder nicht leicht ausgedacht werden kann. Dieser Illusionismus ist in weitem Maße zertrübt und verfliegen. Alle Bemühungen der nationalsozialistischen Presse, diese Tatsache aus der Welt zu diskutieren, vermögen daran nichts zu ändern. Der blinde, schwärmerische Führerglaube, der dem deutschen Volk so stark im Blute sitzt, und den sich einige Kreise in höchst unzulänglicher Weise zunutze machten, hat einen schweren Stoß erlitten. Wie man vor wenigen Jahren dieses selbe Volk von der großen wirtschaftlichen Illusion der Prosperität befreien und heilen mußte, so steht man heute vor der nicht weniger schwierigen Aufgabe, dieses selbe Volk von der Illusion zu befreien, daß es durch einen politischen Uberglauben und einen blinden Messianismus allein der bitteren Not, die immer wirrender unser Volk bedroht, niemals steuern kann. Darum wird in nächster Zukunft alles davon abhängen, ob sich die Enttäuschung, die heute in den irreführten Massen Platz gegriffen hat, in neuen Illusionismus — nur mit anderen Vorzeichen — umkehren, oder aber ob es gelingen wird, die erwachende Selbstbesinnung und Selbstkritik der Massen in eine gesündere und dauerhaftere politische Grundhaltung überzuführen.

Hier also muß jede politische Arbeit im neuen Jahre einsehen, sofern sie Anspruch auf psychologischen Weitblick erheben will. Und selbst dann noch, wenn alle möglichen politischen Kräfte das Ziel klar erkennen, wird es der größten Anstrengungen bedürfen, um zu verhindern, daß die Enttäuschung, die das Erwachen aus einem märchenhaften Illusionismus mit sich bringt, angesichts der ungeheuren Notlage ringsum uns, aus der es nur ein schrittweises Herausarbeiten unter Ausbietung aller Kräfte geben wird, in Verzweiflung umschlägt, daß mit dem Glauben an die falschen politischen Propheeten das Vertrauen und der Glaube an die politische Führung schlechthin bei weiten Massen unseres Volkes über Bord geht. Die Gefahr, daß die Entwicklung in diese Richtung treibt, ist jedenfalls nicht gering einzuschätzen. Das Anwachsen der kommunistischen Bewegung im vergangenen Jahre ist dafür das deutlichste Menetekel. In erster Linie wird es an der Regierung selbst liegen, ob es ihr gelingen wird, die Brücken zum Volke, die ihre Vorgängerin zum guten Teile ohne Not abgerissen hat, wieder aufzubauen. Erste Voraussetzung dafür wird es sein, daß sie einen klaren Kurs steuert, der zumindest bei allen sachlich und gerecht urteilenden Volksgenossen den Glauben stärkt, daß die Regierung ihr Amt nur als Dienst am Volksganzen ansieht und verantwortungsbewußt führt. Das kann nur ein Kurs sein, der sich wieder streng auf jener großen sozialen Linie des Volkstaates bewegt, auf der alle fühlen, daß die Lasten gerecht verteilt werden. Daß es nichtsdestotrotz keine leichte Aufgabe sein wird, das tiefe Mißtrauen wieder auszuräumen, das sich dank einer falschen Verstandenen „autoritären Staatsführung“ — heute gibt man offen zu, daß dies nur eine mildere Ausdrucksweise für den Begriff der Diktatur gewesen ist — in Millionen von Menschen eingetrieben hat, steht außer allem Zweifel. Dieser Weg aber muß in aller Konsequenz eingehalten und gegangen werden, wenn nicht der letzte Rest des gesunden Staatsgefühls in den breiten Massen unseres Volkes für lange Zeit gänzlich ertötet werden soll.

Wir wissen freilich nur zu gut, daß die Regierung allein auch beim besten Willen nicht dazu imstande sein wird, das innerpolitische Leben in einigermaßen normale Bahnen zurückzuführen. Dazu wird es ebensosehr einer Besinnung und Umkehr im Volke bedürfen. Das politische Wollen der breiten Massen verkörpert sich nach wie vor in den Parteien. Sie hat man in erster Linie immer wieder angeklagt, alles Unglück und alle wirtschaftliche Not verschuldet zu haben. Inwieweit dies zu Recht geschah und inwieweit dies nur Pharisäismus war, wird allmählich immer klarer. Die Frage nach der Rangordnung und den Funktionen der politischen Partei im demo-

Hitlers neue Kampfanfrage

Gegen jedes Kompromiß

wtb. Berlin, 2. Januar. (E. M.)

Die neue norddeutsche Ausgabe des Böhmischen Beobachters ist am Montag zum ersten Male erschienen. Neben einem ausführlichen Artikel von Adolf Hitler, der unter der Schlagzeile „Adolf Hitlers Kampfbotschaft für 1933“ erscheint, haben zahlreiche führende Nationalsozialisten, unter ihnen Reichstagspräsident Göring, Landtagspräsident Kerl, Dr. Frick, Kube, Goebbels, Koch und Rosenberg dem neuen Blatt Beseitigungsworte gewidmet. — Hitler erklärt, er sei aufs äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt der Bewegung nicht für das Vorkriegsgericht der Beteiligung an einer Regierung ohne Recht zu verkaufen. Er lehnt jedes Kompromiß ab und bezeichnet es als die größte Aufgabe der NSDAP im kommenden Jahr, das er ein Kampfsjahr nennt, den Kämpfern, Mitgliebern und Anhängern in größter Klarheit vor Augen zu führen, daß die Partei kein Selbstzweck sei, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Sie sollten erkennen, daß die Organisation in ihrer ganzen Größe und Schönheit nur dann einen Sinn und damit eine Lebensberechtigung besitze, wenn sie die ewig unerbittliche und kampfbereiteste Verhinderung und Verfechtung der nationalsozialistischen Idee einer kommenden deutschen Volksgemeinschaft sei.

Diese Kampfbotschaft eröffnet für die neue Tagung des Reichstages trübe Aussichten. Es hat nun den Anschein, daß es ohne eine neue Ausschaltung und Auflösung des Reichstages auch diesmal nicht abgehen wird...

„Nationalsozialistische Bauernschaften“

wtb. München, 3. Januar. (E. M.)

In einer Verfügung Adolf Hitlers über nationalsozialistische Bauernschaften heißt es u. a., soweit der Leiter des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Walthar Darré, die Einrichtung von NS-Bauernschaften in den Gauen und Landesteilen genehmigt, müssen diese in den agrarpolitischen Apparat der NSDAP eingebaut und von diesen so geführt werden, wie es die Anordnung des Amtseleiters vorsehe. Darré sei angewiesen, die Genehmigung von NS-Bauernschaften nur in Ausnahmefällen zu erteilen und die Bestätigung bereits bestehender NS-Bauernschaften auch nur in Sonderfällen und nur dann zu vollziehen, wenn Gewähr dafür gegeben sei, daß diese Bauernschaften restlos vom agrarpolitischen Apparat der NSDAP geführt werden.

Diese „Verfügung“ Hitlers bildet eine Fortsetzung seiner letzten organisatorischen Maßnahmen, deren Hauptziel es ist, die selbständige Willensbildung einzelner Organisationen innerhalb der NSDAP zu verhindern und die Gesamtheit der „Bewegung“ allein den Direktiven der Münchener Zentrale unterzuordnen.

Umflorte Fahnen

München, 3. Januar. (E. M.)

In einem Befehl des Bannführers der Berliner Hitler-Jugend wird angeordnet, daß aus Anlaß der Ermordung des 10jährigen Hitler-Jungen Walter Magnitz sämtliche Fahnen und Wimpel so lange mit Trauerflor zu versehen seien, bis Adolf Hitler Führer des Deutschen Reiches sei.

Wenn Hitler bei seiner jetzigen Taktik beharrt, dann wird die Berliner Hitler-Jugend ihre Fahnen wohl lange umflort tragen müssen. ...

* General Guillaumat, einstiger Oberbefehlshaber der französischen Rheinlandarmee, tritt dieser Tage in den Ruhestand, nachdem er 70 Jahre alt geworden ist. Er war zuletzt Mitglied des Obersten Kriegsrates.

Kein Vorstoß Bayerns im Reichsrat

wtb. München, 3. Januar. (E. M.)

Zu den Meldungen über den Vönderappell an den Reichspräsidenten während des Neujahrsempfanges des Reichsrates wird von unterrichteter bayerischer Seite bekannt, daß die Initiative zu dieser Ansprache des preussischen Ministerialdirektors Cohnmann weder von bayerischer noch von anderer süddeutscher Seite ausgegangen sei. — Zu den Meldungen, daß Mitte Januar im Reichsrat ein Vorstoß Bayerns zu erwarten sei, wird weiter an hiesiger zuständigen Stelle betont, daß von einer solchen Absicht nichts bekannt sei. Die bayerischen Entschlüsse in dieser Frage würden von der Entwicklung der Verhältnisse abhängen.

Geheimrat Cuno gestorben

Hamburg, 3. Januar. Der frühere Reichskanzler Geheimrat Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie, ist im 57. Lebensjahre gestorben.

Zum Ableben von Geheimrat Cuno teilt die Hapag mit, daß Dr. Cuno seit einigen Tagen an Anfällen von Herzneuralgie gelitten habe. Der Arzt hatte ihm am Montag geraten, schleunigst einen Urlaub anzutreten. Dr. Cuno war am Dienstag früh im Begriff, sich für eine Urlaubsreise, die er mit seiner Gattin unternehmen wollte, zu rüsten, als ein Schlaganfall seinem Leben ein Ziel setzte.

Der Name Cuno ist unzertrennlich verknüpft mit der Erinnerung an den Ruhrkampf und die Inflationskatastrophe des Jahres 1923. Dr. Wilhelm Cuno, der aus Suhl in Thüringen stammte, war während des Krieges Leiter der Reichsgetreidestelle und übernahm 1916 im Reichsschatzamt das Hauptreferat für kriegswirtschaftliche Fragen. Im Jahre 1917 verließ er den Reichsdienst und trat in den Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie ein, deren Generaldirektor er nach dem Tode Ballins im Jahre 1918 wurde. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen und den zahlreichen folgenden Konferenzen der ersten Nachkriegszeit wirkte Dr. Cuno als Sachverständiger für Schiffsfahrtsfragen mit.

Als im November 1922 die vom Reichspräsidenten Ebert gewünschten Bemühungen zur Erweiterung des Kabinetts Wirth scheiterten und zum Rücktritt der Reichsregierung führten, wurde, inmitten der sich immer mehr komplizierenden Schwierigkeiten mit der Reparationskommission, Dr. Cuno mit der Kabinettsbildung betraut. Sein „Kabinett der diskontfähigen Unterschriften“ wiederholte in der Regierungserklärung Dr. Wirths Programmsatz „Erst Brot, dann Reparationen“. Denkwürdig bleibt Cunos Angebot einer Reparationsanleihe und eines Sicherheitspakt im Dezember 1922, das freilich den französischen Belgischen Ruhr einbruch mit seinen katastrophalen Folgen für die deutsche Währung nicht mehr abwenden konnte. Das Kabinett Cuno hatte die schwere Aufgabe, den passiven Widerstand und die Forderung für die zahlreichen Opfer des Rhein- und Ruhrkampfes zu organisieren. Am 12. August, auf dem Höhepunkte der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, trat das Kabinett Cuno auf Grund eines von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossenen Mißtrauensvotums zurück. Seine Erbschaft übernahm Gustav Stresemann.

Dr. Cuno widmete sich seitdem wieder mit großem Erfolge als Vorstandsmitglied der Hapag der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der deutschen Schifffahrt sowie dem Problem der Reparationsanleiherlieferungen. Er ist 56 Jahre alt geworden.

frailichen Staat soll hier unerörtert bleiben. Unser Standpunkt hierzu, der sich von der Anerkennung des extremen Parteienstaates ebenso entschieden fernhält wie von der Anbetung irgendeiner Autarkie oder Oligarchie, ist hinreichend bekannt. Die Kämpfe des vergangenen Jahres aber gingen bekanntlich nicht mehr um die Funktionen der politischen Parteien im Staate allein, sondern um den Bestand, um die Daseinsberechtigung dieser politischen Ausdrucksform des Volkswillens schlechthin. Das Kabinett Papen nahm in diesem Sinne den Kampf gegen die Parteien auf. Es hat seine Rolle nicht zu Ende zu spielen vermocht, und insofern haben die Parteien als Institution und Ausdruck der Willensbildung des Volkes im vergangenen Jahre eine Schlacht gewonnen. Das heißt freilich noch lange nicht, daß damit auch der Kampf um die richtige und gesunde Einordnung der Parteifunktionen in das Staatsgefüge endgültig entschieden wäre. Dieser Kampf ist nur in eine neue Entwicklungsphase getreten. Er wird, so will es scheinen, auch das neue Jahr beherrschen, allerdings auf der Plattform der in heißen Schlachten erkämpften Erkenntnis, daß neun Zehntel des deutschen Volkes nach wie vor nahe und entschieden an ihren demokratischen Grund- und Mißbestimmungsrechten festhalten und jede diktatorische Willkür, vor allem wenn sie den augenblicklichen Notstand zu einer Verkümmern und Rückbildung der

Dr. Bennede nach Dresden zurückgekehrt

Dresden, 3. Januar.

Wie wir erfahren, ist der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Bennede, wie der Freiheitskampf angekündigt, heute mittag 12.58 Uhr aus dem Riesengebirge über Zittau in Dresden wieder eingetroffen.

(Ueber die Anschuldigungen, die gegen Dr. Bennede erhoben werden und zu dem Antrag auf Aufhebung seiner Immunität geführt haben, bringen wir weitere Meldungen auf der dritten Seite des Innenblattes.)

Volksworte benutzen will, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Wer in Volkswortungen zu lesen versteht, wirdzugeben, daß die Grundgedanken einer gesunden Demokratie aus den Kämpfen des vergangenen Jahres weniger lädiert hervorgegangen sind als die des absoluten Regimes irgendwelcher Verbrämung. Die Zeiten sind vorbei, da man im Volke noch Eroberungen damit machen konnte, daß man die Parteien unterschiedslos gegen das Volk ausspielte, dabei aber keine eigene Einstellung zum Demos, zum Volke, völlig im Ungewissen ließ. In dieser Hinsicht hat das „autoritäre“ Regime der letzten Monate alarmierend gewirkt. Im Volke selbst ist man lebend geworden. Man beginnt sich Gedanken darüber zu machen, warum eigentlich die demokratischen Funktionen im Staatswesen verlagert haben. Etwa deshalb, weil das Volk überhaupt unfähig ist, ein gesundes politisches Urteil zu bilden und zu vollziehen? Oder nicht vielmehr deshalb, weil es gewisse Führer und solche, die es sein wollen, mit der Demokratie im weitesten Sinne — wir meinen hier die Anerkennung der Volksworte — nicht ehrlich meinten? Hat denn tatsächlich das gesunde politische Urteil des Volkes verlagert? Diese Frage kann man doch bestimmt nur sehr bedingt bejahen. Weiße Massen des Volkes haben sich dapierten lassen. Das Volk ist zu vertrauensselig gewesen. Berlag aber haben vielmehr gerade jene Parteien, die in ihrem eigenen Organismus jedes demokratische Prinzip radikal ablehnen, die von einer Führerauslese ebenso wenig wissen wollen wie von einer Führerkontrolle, die vielmehr ihren „Führer“ mit einer Riesenpropaganda den Massen aufstrotzen. Verlagert haben also in allererster Linie diese „autoritären“ Parteiführer selbst, die längst über ihren Machtwünschen das Volksganze nicht mehr haben. Hitler und Hugenberg sind dafür sprechende Beweise. Erst als der eine erfuhr, daß die Parteiziele des anderen seinen eigenen widersprachen, schwand für ihn das Interesse, noch weiter an der Ausschaltung des demokratischen Volkswillens mitzuwirken. Damit war auf dieser Seite zum erstenmal ein negatives Interesse für die Funktion der Demokratie erwacht. Daß von hier aus bis zu einer positiven Wertung und Anerkennung des Volkswillens noch ein sehr weiter und beschwerlicher Weg sein kann, steht außer Frage. Wissen aber muß man, daß der gesunde Sinn des Volkes — einmal zum Nachdenken gezwungen — unablässig weiter in dieser Richtung tendieren wird, mag er auch noch so schwerfällig erscheinen. Wenn sich dieser Demos in einer Partei nicht bis zur Führung durchzusetzen vermag, dann wird er außerhalb dieser erstarrten Organisation in neuer Formung nach Gestaltung ringen. Und wenn die Führer dieser Gruppe trotzdem starr an bereits widerlegten Doktrinen festhalten, dann wird die Entwicklung mehr und mehr ihren Händen entgleiten. Insofern bleibt das demokratische Korrektiv immer wirksam.

Die Frage ist nur die, ob die maßgeblichen Faktoren unseres politischen Lebens die Dinge treiben lassen und alles dem Urteil des Volkes überlassen wollen, das ja letzten Endes immer wieder der Gefahr der Agitation — man denke an Moskau — ausgesetzt ist, oder ob die Männer, die die politische Führung immer wieder für sich reklamieren, endlich einmal sich der Verantwortung dieser Führeraufgabe bewußt werden wollen. In diesem Sinne hat Prälat Kaas, der Führer der Deutschen Zentrumspartei, von der „Gewährungsstunde des Führergedankens in und zwischen den politischen Lagern“ gesprochen. Das neue Jahr 1933 wird Deutschland wirtschaftlich und politisch vor ungeheure Aufgaben stellen, die sich wahrhaftig nicht in taktischen Sorgen erschöpfen werden. Die politischen Fragen, gegen deren diktatorische Behandlung sich das Volk fast einmütig stemmt, sind zwar aufgehoben, aber nicht aufgehoben. Unsere Wirtschaft wartet weiterhin auf die notwendige Vertrauensbasis und die innerpolitische Gelundung. Wir werden die Sehnsucht des Volkes nach Arbeit und Brot nur dann zu stillen vermögen, wenn man endlich in allen Lagern einseht, daß es nur mit vereinten Kräften möglich sein wird, mit der furchtbaren Gegenwartsfrage das graue Gespenst der Not aus unserem Vaterlande zu bannen. Wer kann es verantworten, sich diesem Rufe nach Sammlung nach so langen Irrungen und Wirrungen noch länger zu widersetzen? Ein schwer geprägtes, aber trotz aller Leiden und Sorgen mutig in die Zukunft blickendes Volk wartet auf Antwort!

Gegen wirtschaftlichen Nationalismus

Eine französische Stimme

Paris, 3. Januar. Senator Henry Borenger veröffentlicht in der Agence Economique et Financière einen Artikel, in dem er den — wie er sich ausdrückt — „ungeheuerlichen Mißbrauch“ geteilt, der überall mit dem Begriff „nationale Politik“ getrieben worden sei; überall habe man die Zollschranken und willkürlichen Zollmaßnahmen vervielfacht in einer Weise, die schlimmer sei, als es das mittelalterliche Feudalsystem war. Dies alles in einer Zeit der allgemeinen Verbreitung des Petroleums, der Elektrizität und des Rundfunks. Sogar die Kolonien mache man zu geschützten Jagdgebieten, und man lasse die Eingeborenen lieber verhungern, als daß man sie durch das „Ausland“ ernähren lasse.

Die mißbräuchliche Auslegung des Begriffs Nationalpolitik verhindere den freien Austausch der natürlichen Produkte durch Wissenschaft und Arbeit.

An die beteiligten politischen Kreise sei die Aufforderung zu richten, solchen Ueberreibungen, die die einzige Ursache der Weltwirtschaftskrise seien, ein Ende zu machen. Von Roosevelt müsse man fordern, daß er die schutzöllnerischen Ueberreibungen der Hoover'schen Regierung beseitige, von den Nationen Mitteleuropas, von Deutschland und Italien bis zur Kleinen Entente, daß sie untereinander einen weniger engherzigen und weniger aggressiven Geist zeigen, von England und der französischen Republik, daß sie sich nicht auf schutzöllnerische Bestrebungen beschränken, die zwar den Begriff dem Imperiums kundtun sollen, aber angesichts der Veränderungen auf der Welt nur als Archaismuspolitik gelten könnten.

Ein merkwürdiger Hirtenbrief

enb. Paris, 3. Januar. (E. M.) Das nationalisierte Echo de Paris veröffentlicht einen Hirtenbrief des Bischofs von Chalons, den man in Deutschland mit gemischten Gefühlen lesen wird. Der Bischof erklärt, durch eine viel weitergehende Beachtung der sozialen und internationalen Gesetze der zehn Gebote könne es angesichts schlecht verheimlichter Begehrlichkeiten ehrgeiziger gieriger Nachbarn vertretbar sein, stark und auf der Hut zu bleiben, um das nationale Erbe an Reichümern, Freiheiten und Ruhm zu schützen. Die Schwäche eines Volkes, die Nachbarvölker in Versuchung führen würde, laufe der Erhaltung des Friedens ebenso zuwider wie der Kriegesgeist, der nicht durch Respektierung der Rechte anderer gegügelt werde.

Man wird abwarten müssen, ob das Echo de Paris den Hirtenbrief des Bischofs von Chalons richtig wiedergegeben hat. Wenn ja, dann würde man sagen müssen, daß eine solche Verteidigung des Rüstens im Widerspruch steht zu der Auffassung der Päpste, wie sie in den bekannten Rundschreiben „Vom Frieden Christi im Reiche Christi“ und bei vielen anderen Gelegenheiten niedergelegt worden ist.

Localisierung der Kämpfe um Schanhaiwan

Hb. Tokio, 3. Januar. (Reuter.)

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die Befehlshaber der Quantung-Armee und der japanischen Besatzung von Kentsin Anweisung erhalten, ihr Möglichstes zu tun, um den Kampf bei Schanhaiwan zu lokalisieren. Weiter wird gemeldet, daß das japanische Marineministerium einigen im Hafen von Selsebo liegenden Kriegsschiffen befohlen habe, sich zur sofortigen Ausfahrt bereitzuhalten, falls die Lage in Schanhaiwan es erfordern würde.

Reichsbankausweis vom 31. Dezember

Berlin, 3. Januar. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember 1932 hat sich in der Ultimowoch die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Gessichten um 325,3 Millionen auf 3879,7 Millionen M. erhöht.

Wien, 3. Januar.

Nach einer Meldung des Neuen Wiener Tagblattes hielt der frühere Vizekanzler Schummy beim gestrigen Empfang des Rätiner Landbundes in Klagenfurt eine Ansprache, in der er u. a. die Notwendigkeit der Förderung der Holzwirtschaft betonte. Die Handelsverträge mit Ungarn und Frankreich hätten hierin einen Fortschritt gebracht. Man müsse aber auch mit Deutschland und Italien zu einer befriedigenden Lösung gelangen. Als bedeutendstes mitteleuropäisches Absatzgebiet habe Deutschland die Möglichkeit für eine größere Aufnahme österreichischer Erzeugnisse. Mit Italien aber würden die freundschaftlichen Beziehungen enger gestaltet werden müssen, wenn Oesterreich auf wirtschaftspolitischen Gebieten Vorteile erzielen wolle. Die Politik der strengen Neutralität nach allen Richtungen hin werde sehr bald einer ersten Ueberprüfung unterzogen werden müssen.

Kollunion Italien-Albanien?

Südslawischer Schritt in London.

Wb. London, 3. Januar. Laut Times hat der südslawische Gesandte Djarißch gestern im Foreign Office vorgesprochen und der Besorgnis seiner Regierung Ausdruck gegeben über die angebliche Absicht Italiens, als Gegenleistung für finanzielle Hilfe eine Kollunion mit Albanien einzugehen.

Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 209,8 Millionen auf 2805,5 Millionen M., die Lombardbestände um 72,9 Millionen auf 176,1 Millionen M. und die Effektenbestände um 0,5 Millionen auf 397,5 Millionen Reichsmark zugenommen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 7,9 Millionen auf 0,6 Millionen M. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 202,9 Millionen M. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 189,2 Millionen auf 3560,5 Millionen M., derjenige an Rentenbankscheinen um 13,7 Millionen auf 413,2 Millionen M. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 13,8 Millionen M. erniedrigt. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf stellte sich unter Einbeziehung von etwa 1496 Millionen M. Scheckmünzen und etwa 188 Millionen M. Privatbanknoten auf rund 5657 Millionen M. gegen 6078 Millionen M. Ende 1931. Die fremden Gelder zeigen mit 530,9 Millionen M. eine Zunahme um 153,8 Millionen M.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 2,5 Millionen auf 920,0 Millionen M. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 6,1 Millionen auf 806,2 Millionen M. zugenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 3,8 Millionen auf 113,8 Millionen M. abgenommen. — Die Devisen der Rote durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Ultimo 25,8 Prozent gegen 27,2 Proz. am 23. Dezember.

Dresdner Börse vom 3. Januar

Das Geschäft am Aktienmarkt zeigte nur geringe Ausmaße. Die Kurse konnten sich im allgemeinen behaupten. Stärkeren Rückgang zeigten nur Kellnerkeller, die 2,4 einbüßten, ebenso Wanderer — 1 1/2 Proz., Peniger Papler — 2,4. Plauerer Gardinen nahen sich mit 2 Proz. dem Verlust des Berliner Kurses an. Schubert u. Salzer waren um 2 Proz. gedrückt. Gasversorgung Ostfachsen zeigten sich durch einen Gewinn von 8,8 Proz. aus. Bittersdorfer Filz gewannen 1 1/2 Proz., Speicherei Riesa 1 1/2 Proz. Von den Banken lagen Reichsbank 2 1/2 Prozent und Sächsische Bank 3 Prozent fester. Am Anleihe- und Pfandbriefmarkt war das Geschäft lebhaft, Anleihen überwiegend freundlich, Pfandbriefe fester.

Kursnotierungen: Reichsbank 146,5, Sächsische Bank 117, Reichsanleihe Altbesth 84 1/2, Wanderer 57 1/2, Kellnerkeller 30 1/2, Peniger Papler 21,4, Gasversorgung Ostfachsen 79,8, Plauerer Gardinen 28, Schubert u. Salzer 176.

Bitterungsausflüssen der Dresdner Wetterwarte

Bitterungsausflüssen. Tags mild, nachts höchstens unerheblicher Frost. Bevölkerungszunahme. Keine oder nur geringe Niederschläge. Südliche bis fönische Winde zeitweise aufdröhnend.

Die... über... nicht das... die ga... forderung... Regierung... friges... gemein... Verwidt... Sieger, d... Es i... tunkt En... Wochen... Hinters... in Europ... gefest... MacDon... war dam... not emp... neue Ep... Test des... lich, um... licher ge... und Mol... ostatischer... Reparati... Punkte... nur bei... Atmosph... bei dem... hervortr... gemäße... dritten... einigt... frage h... mit Ab... Statt de... geraten... frage... Fra... schen D... man m... wichtige... Regierung... ralen u... Zeit d... Liberal... Handels... minister... im For... schen P... politisch... Die per... Trenn... und so... aufreib... bleme... horten... Freund... Westin... kist an... wenn... El... Politik... findet... neuen... das po... Enlar... Als... W... W... und e... Feiler... der m... schlang... zendes... Schön... ihre g... beher... Men... halten... nehme... Frau... schiede... möglic... Mühs... sein u... R... Jnes... einen... da al... der B... Revol... denen... gewor... auch... man... dem G... Soffa... G... Mitte... gerich... wä... Me...

England an der Jahreswende

Die Wirtschaft korrigiert politische Utopien Neuentdeckung des Empire

Folgen der Zauderpolitik

(Von unserem Mitarbeiter)

L. N. London, Ende Dezember.

Die Ausläufer des Kriegs- und Reparationszyklus liegen über Frankreich und England, und noch weiß niemand, ob sich nicht das Sturmgewitter auch diesen Ländern noch nähert und sie die ganze Schwere der politischen und wirtschaftlichen Ueberforderungen, Dummheiten und Kurzsichtigkeiten ihrer früheren Regierungen noch fühlbarer spüren läßt. Die Schuldliquidation des Weltkrieges — sie wird sich ohnedies länger hinziehen, als man allgemein annimmt — zeigt mit all ihren Schwierigkeiten und Verwicklungen wie in einem Reflexspiegel nur die Fehler der Sieger, die sich jetzt an ihnen selbst rächen.

Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß die politische Zukunft Englands unklar ist. Um so düsterer, als ja die letzten Wochen zeigten, daß jener Pakt, der seit 1929 den schließlichen Hintergrund und den tragenden Unterbau der englischen Politik in Europa bildete, auch nicht gegen die Realitäten der Politik gefestigt ist. Wir meinen den Pakt, den 1929 England durch MacDonald mit Amerika, mit Hoover schloß. MacDonald war damals wie ein Triumphator bei seiner Landung in Newport empfangen worden und der abgeschlossene Pakt schien eine neue Epoche der anglo-amerikanischen Weltmacht einzuleiten. Der Text des Paktes hatte nur einen Fehler: er war zu überheblich, um ganz glaubhaft zu sein. Er wäre politischer und nüchtern gewesen, wenn er die verschiedenen Auffassungen Londons und Washingtons über die Stellung zu Japan, zum ganzen östlichen Problemkreis, zum Völkerbund, zur Abrüstung, zur Reparations- und Schuldenfrage auch nur in einem einzigen Punkte einen einzigen Schritt angenähert hätte. So blieb es nur bei der Befestigung, bei der überaus freundschaftlichen Atmosphäre; sie hielt wenigstens zwei Jahre vor — bis dann bei dem Mandchurenkonflikt der Gegensatz wieder sehr deutlich hervortrat und schließlich bei der Schuldzahlung am 15. Dezember in voller Stärke ausbrach. Seitdem hat England über den dritten Differenzpunkt rasch und entschlossen mit Amerika geeinigt: über die Abrüstung, dann über die Schuldenfrage schon vor dem 15. Dezember ins Rollen gekommen, denn mit Abrüstung hätten sich die Schulden kompensieren lassen. Statt dessen war aber die englische Politik ganz in Stagnation geraten — mit einer einzigen Ausnahme, in der Reparationsfrage.

Frägt man nach den Ursachen dieses Versagens der englischen Diplomatie auf ihrem ureigensten Interessensfeld, so wird man mehrere Gründe dafür anführen können. Ein erster und wichtiger Grund ist die Zusammenziehung der gegenwärtigen Regierung, in der nicht MacDonald, noch weniger die Liberalen um Sir John, sondern die konservative Mehrheit die Tonangebenenden sind. MacDonald und die Liberalen müssen sich anpassen; das macht sich besonders in der Handels- und in der Abrüstungspolitik bemerkbar. Der Außenminister Simon ist zudem noch ein Neuling und ein Lehrling im Foreign Office; er ist unentbehrlich, um die besten juristischen Formeln zu entwickeln oder zu kneten — aber er ist kein politischer Führer, wie England ihn jetzt braucht.

MacDonald ist aufgegeben.

Die persönlichen Kämpfe und Wirren innerhalb eines Jahres — Trennung von der Labour Party, die er emporgeführt hatte, und von jahrzehntelangen Freunden und Kampfgenossen — die ausbrechende Vielzahl und Gleichzeitigkeit der Sorgen und Probleme, seine beiden Augenoperationen u. a. machten auch den starken Schotten etwas müde. Viele seine konservativen Freunde wünschten ihm einen recht langen Erholungsurlaub in Westindien oder Südafrika, genau wie sie ihn schon vor Jahresfrist am liebsten zum Vizekönig von Indien gemacht hätten, wenn er nur selbst eingewilligt hätte.

Ein zweiter wichtiger Grund liegt darin, daß die englische Politik seit Kriegsende sich in einem Uebergangsstadium befindet, das noch lange nicht abgeschlossen ist und noch nicht die neuen Formen und Bahnen gefunden hat, in denen sich dann erst das politische Leben voll entfalten kann. Vor dem Kriege war England die Weltmacht — heute ist es Amerika im näm-

lichen Ausmaß, wie England vor 1914 den ersten Platz innehatte. Diese große Verringerung hat England noch nicht verstanden, noch weniger verstanden, am allerwenigsten aber schon jene politischen Werkzeuge ausgebildet und Energien entfaltet, die auch den zweiten in der Weltpolitik die führende Rolle spielen lassen oder durch den ersten Platzhalter die Ziele des zweiten verfolgen lassen. Diese letzte Kunst hatte vor dem Weltkriege Frankreich in höchster Vollendung ausgebildet, das England und Rußland vor seine Zwecke und Ziele spannte. England fällt es schwer, diese Methode der indirekten Politik — sie läßt vor allem Amerika gegenüber in Frage — anzuwenden und ihre Notwendigkeit zu begreifen. Noch sehr vielen der älteren Generation will es gleich gar nicht in den Kopf, daß Englands Stärke der amerikanischen nur gleichsteht, oder daß der Dollar stärker ist als das Pfund.

Der Verlust des ersten Platzes in der Weltpolitik rief eine äußerst interessante Reaktion hervor. Man entdeckte von neuem das Britische Empire. So stolz nun jeder Brite mit Recht auf das Imperium Britannicum sein kann und so unentwickelt und unvollendet es auch heute noch ist — was hätten wir Deutsche schon daraus gemacht! —, so sehr lenkte es in den letzten beiden Jahren weite Kreise der Öffentlichkeit von anderen Fragen der Weltpolitik ab. Um so größer und unwilliger war dann die Reaktion, als Amerika seine Rechte und seinen Willen sehr deutlich fühlen ließ, und 20 Millionen Pfund einstellerte. Gewiß, das Empire und sein politischer und wirtschaftlicher Aufbau ist ein lockendes Ziel; aber nachdem die Konferenz von Ottawa allmählich den Glorienschein verliert, und sich zeigt, wie sehr das englische Interesse dem kanadischen, indischen, südafrikanischen, australischen Interesse geopfert werden mußte, lernt man auch in den Blättern von Lord Beaverbrook — der ein Kanadier ist — verstehen, daß z. B. Amerika fröhlich genug ist, Ottawa und den englischen Schutzoll nicht ohne weiteres hinzunehmen. Wie sehr die Tatsachen und die Interessen auch den Bestand des im Herzen am stärksten empirebegeisterter Dominionminister regieren, zeigt folgende Tatsache: Der kanadische Ministerpräsident Bennett hatte in Ottawa gefordert, daß England allen Handel nach Rußland abbreche, damit der kanadische Weizen, das kanadische Holz seiner russischen Konkurrenz begegne. Ueber dieser Forderung lag die Konferenz beinahe auf. Jetzt stellt es sich heraus,

daß der gleiche Bennett mit den geschäftstüchtigen Russen einen Vertrag schloß, wonach Kanada russisches Holz im Austausch gegen kanadische Aluminiumerz einführt,

kurz, die Wirtschaft korrigiert die politische Utopie und es ist nur zu hoffen, daß über kurz oder lang England wieder mehr zu den allgemeinen Weltproblemen zurückfindet und an der gemeinsamen Lösung mitarbeitet.

Zwei große Erfolge brachte allerdings auch 1932 der englischen Politik: Einmal die Lösung des Reparationsproblems, dann die Beruhigung Indiens. Die Reparationen waren überfällig. Es kam nun entscheidend darauf an, das feststehende Ergebnis in die entsprechenden politischen und juristischen Formeln zu fassen. Das gelang MacDonald und Sir John Simon. In Indien hatte die englische Ermüdungspolitik vollen Erfolg. Gandhi ist nicht mehr durch die Gefangenschaft. Aber er verachtet die europäische Methode der Verwaltung, der Politik, des Verhandels und Diktierens so sehr, daß er die sehr gute englische Verwaltung in ihrem langsam voranschreitenden Reformwerk nicht mehr sieht. Gandhi geht der indischen Heiligkeit entgegen — England begünstigt sich mit profanen Reformwerken. Aber vielleicht begreifen sich beide doch noch einmal. Vielleicht bricht aus dem Heiligen doch noch einmal der Hahn und die Verachtung gegen alles Englische hervor, um einen letzten Streich gegen England in Indien zu führen. An die Stellen der indischen Sorgen, die sich in langen Beratungen der dritten kleinen Round Table Konferenz in London entladen, sind die irischen Sorgen getreten, wo der harte und dabei sehr gewandte De Valera entschlossen zu sein scheint, den englisch-irischen Handelskrieg bis zum Wechsbluten der irischen Landwirtschaft zu führen. Der Dominionminister Thomas hat vor kurzem den Kampfstill auf die meisten irischen Agrarprodukte von 20 auf 40 Prozent erhöht, um für das englische Schahamt jene fünf Millionen Pfund zu sammeln, deren Zahlung De Valera verweigert hat.



Staatssekretär Dr. Blakott, bisher Landrat, ist zum kommissarischen Leiter des preussischen Landwirtschaftsministeriums ernannt worden.

Drei offene Fragen aber zeigen den Zwiespalt der englischen Politik: Mandchuren — Abrüstung — Schulden. Der japanische Freund darf nicht vor den Kopf gestoßen werden. Daher die feste Taktik des Nichtentnehmens von John Simon, sobald die chinesisch-japanische Frage in Genf drängt. Diese Taktik bringt aber in Gegensatz zu Amerika, das klarer und früher als England erkannt hat, daß die künftigen weltpolitischen Entscheidungen nicht mehr in der Atlantik, sondern im Pacific fallen. Ebenso klar ist der Gegensatz in der Abrüstungsfrage. Wie sehr hätte eine englisch-amerikanische Einheitsfront die Entscheidung in Genf schon längst herbeiführen können, während sich jetzt hinter dem englischen Widerstand gegen Hoovers Vorschläge nur die französische Diplomatie verschanzten kann.

Vor dem Amtsantritt Roosevelt's am 4. März ist kaum mehr ein entscheidender Schritt in der Schuldenfrage zu erwarten. Die englischen Staatsmänner sind in den verdienten Weihnachtserien. Man möchte um des wirtschaftlichen Wohlbefindens Europas willen wünschen, daß die englische Politik jenen Mut und jene Beharrlichkeit finden möge, die nötig ist, um England aus der teuer genug bezahlten Sackgasse herauszuführen, in die es die Zauderpolitik der letzten Jahre geführt hat. Die englischen Staatsmänner waren wohl fähig, wenn es galt, eine einzelne Frage anzupacken und zu lösen, aber sie lassen nicht das Abrüstungs-, Schuldenproblem und die großen Konflikte des Völkerbundes als das einzige Kernproblem der englischen Zukunft an.

Polnische Methoden

Deutscher aus dem Angestelltenrat der Hohenloherwerke durch „Schiedsgericht“ entfernt.

Kattowitz, 2. Januar.

Der stellvertretende Obmann des Angestelltenrates der Hohenloherwerke, Wagner, hatte einem entlassenen deutschen Angestellten eine Bescheinigung ausgestellt, daß er angeblich aus wirtschaftlichen Gründen, tatsächlich aber wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit entlassen worden sei. Die Direktion der Hohenloherwerke sah darin eine Ueberschreitung der Befugnisse des Angestelltenvertreters und erhob beim Schiedsgericht Klage auf Amtsenthebung. Die Verhandlung gegen Wagner war auf Antrag seines Vertreters bereits einige Male vertagt worden, weil Wagner die Begründung des Klageantrages der Hohenloherwerke noch nicht zugestellt worden war. Nach Eingang dieses Schriftsatzes ließ das Schiedsgericht der Partei Wagners jedoch keine Zeit zu einer schriftlichen Entgegnung und leitete in erneuter Sitzung am Freitag einen weiteren Verlagsantrag Wagners ab. Nunmehr lehnte Wagner das Gericht wegen Befangenheit ab, da es offensichtlich zugunsten der klagenden Partei handelte. Da das Schiedsgericht sich jedoch für nicht befugnt erklärte, verließen Wagner und sein Vertreter den Sitzungssaal mit der formellen Erklärung, daß sie bei der Landesbehörde, dem Wojewoden, Beschwerde einlegen würden. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen hätte das Schiedsgericht bis zu einer Entscheidung des Wojewoden nicht verhandeln dürfen. Darüber setzte sich aber das Schiedsgericht hinweg und gab dem Antrag der Hohenloherwerke, Wagner seines Amtes als stellvertretender Obmann des Angestelltenrates zu entheben, statt. Wie nicht anders zu erwarten war, ist Wagner noch am gleichen Tage von der Direktion der Hohenloherwerke die Kündigung zugestellt worden.

Als Ines aus Leningrad kam

Roman von Maria Renée Damas.

(24. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

Wenige Wochen später fand dann die Hochzeit in der Art und Weise statt, wie Marianna es sich immer gewünscht und erträumt hatte! Viel Aufsehen, viele Leute — eine Feier in einem geschmückten Saale, welche ein gutes Teil der mühsam zurückgelegten Ersparnisse der Eltern verschlang, — und hinterher Tanz bis in die Nachtstunden.

Ines Michahelles bewohnte bei ihren Eltern ein reizendes Zimmer, das ihre Mutter mit allem Komfort und Schönen geschmückt hatte, um der endlich Heimgekehrten ihre ganze Liebe zu bezeugen, die sie solange hatte entbehren müssen. Sie hatte dabei gehandelt wie die meisten Menschen, die das schenken, was sie für schön und richtig halten, ohne auf den Geschmack der Besondern Rücksicht zu nehmen.

In diesem Hause machte sich das doppelt bemerkbar, da Frau Michahelles und ihre Tochter bisher unter ganz verschiedenen Verhältnissen gelebt hatten, und die Mutter unmöglich wissen konnte, wie es um die Neigungen und Wünsche der Tochter, die sie ja gar nicht kannte, bestellt sein mochte.

Nun war Leonie eine Frau von gutem Geschmack, und Ines, die zwar bisher ärmlich gelebt hatte, besaß trotzdem einen angeborenen Instinkt für alles Wertvolle; es konnte da also keine große breite Kluft zwischen den Meinungen der beiden Frauen entstehen.

Das Mädchen war in den trüben Zeiten der russischen Revolution und in den arbeitsamen Verhältnissen, unter denen sie gelebt hatte, frühzeitig ernst und innerlich reifer geworden, als es ihren Jahren entsprach; aber sie hatte auch gelernt, beschelden zu sein, und alles Bruchhafte, das man für ihre Person aufwandte, schenken ihr, gemessen an dem Geld, das sie ihr Leben lang gespart hatte, wie eine Hofdame, ein Unrecht ihren Mitmenschen gegenüber.

Gewiß, sie freute sich der liebenden Fürsorge der Mutter, mit der diese alles auf das Schönste für sie hergeschichtet hatte, aber wenn sie sich in der eleganten Nachtwäsche unter der seidnen Daunendecke streckte, dann dachte sie an die berbe, vielgestaltige Wälsche Mütterchen Katjas,

dauchte sie daran, daß der arme Selestoff überhaupt nur zwei Hemden besessen hatte, weil die Preise für neue beinahe unerschwinglich waren.

Dann löschte sie das Licht in ihrem Zimmer, um den Luxus, der sie umgab, nicht mehr zu sehen, und weinte in ihre Kissen; aus Sehnsucht nach den Verlassenen dort in Rußland, aus Einsamkeitsgefühl und aus Trauer . . . und Scham über ihr jetziges Leben.

Nichts als Wohlleben, Verwöhntwerden und Mühsigang, das konnte sie auf die Dauer nicht ertragen!

Zuerst war es ihr vorgekommen, wie ein Traum, aus dem sie bald zu erwachen wünschte, weil er sie bedrückte. Als sie aber sah, daß alles Wirklichkeit war, und daß ihr ganzes künftiges Leben weiter so verlaufen sollte, da begann ihr zu grauen.

Keine Pflichten, keine Betätigung! Nichts, was ihr Freude an eigenen Schaffen geben konnte!

Dazu kam, daß sie zu ihrer jetzigen Umgebung nur sehr schwer einstellen konnte. Vater und Mutter waren ihr immer noch zwei fremde Menschen, denen sie sich in jener Demut und Ergebenheit fügte, die sie in Rußland gelernt hatte. Aber ihr Herz blieb unentwegt. Diese fatten, von Luxus umgebenen Menschen waren nicht von ihrer Art.

Nie würde sie sich wohl bei ihnen einleben können.

Bei den Geschwistern aber, denen sie ja im Alter näher stand, merkte sie eine leise Feindseligkeit; sie wußte, sie hielten, irgendwie gegen sie zusammen, wenn sie auch zu gut erzogen waren, als daß sie ihr unhöflich begegnet wären.

Dies Verhalten schmerzte sie ein wenig.

In ihrer großen Einsamkeit hätte sie gern gewünscht, diesen beiden jungen Menschen näherzukommen, vielleicht nur, um jemanden zu haben, den sie lieben und um den sie sorgen konnte. Sie wußte, daß die beiden Geschwister irgendeinen Mangel an Liebe in ihrem Elternhause zu beklagen hatten, daß sie deshalb so fest zusammenhielten, und daß sie selbst die unshuldige Ursache dazu war, da um ihres, Ines', Andenkens willen die Mutter die beiden jüngeren Kinder stets ein wenig zurückgekehrt hatte.

Junge Menschen sind nun einmal so eingestellt. Sie leben nur das Leid, das ihnen angetan wird, und machen nun denjenigen Menschen dafür verantwortlich, der ihrer Meinung nach daran schuld ist, ohne zu fragen, ob jener nicht selbst leidet.

Jedenfalls dachte Ines, daß es nun ihr Bestreben sein müsse, wenn irgendmöglich die Zuneigung der beiden Kinder zu gewinnen und ihnen in treuer gelächelter Liebe einen Ersatz für das zu bieten, woran es die Mutter ihnen gegenüber hatte fehlen lassen.

Biel dachte sie auch in dieser ersten Zeit, die sie im Elternhause verlebte, an ihren Reiselkameraden — er hatte, kurz nachdem er nach B. zurückgekehrt war, an sie geschrieben, hatte nach ihrem Ergehen gefragt, und wie sie sich eingelebt habe.

Sie hatte sich über diesen Brief gefreut, wie ein bescheidenes Kind, aber die Antwort, die sie erit nach vielen Tagen schrieb, weil sie immer wieder hinausgeschob, war doch kühl und förmlich ausgefallen und hatte nichts von den Empfindungen ihres Herzens wiedergegeben; denn zwischen ihr und Webner stand ja jenes Mädchen, das keine Braut war, und das wohl bald seine Frau werden würde, das Mädchen, um dessen willen er auf eine Ehe mit ihr, dem reichen Mädchen, verzichtet hatte.

Wie mochte er jene andere lieben!

Wenn Ines' reine und fromme Seele, eines Leid-

gefühls fähig gewesen wäre, hätte sie dieses Mädchen vielleicht um die Liebe des Mannes beneidet . . .

Alfred Webner war, als er Ines' Brief erhielt, recht enttäuscht. Das war nicht die Ines, die er kannte, die aus diesem Briefe sprach. Und er glaubte nun, er sei für das in Wohlleben und Reichtum lebende Fräulein Michahelles abgetan; das Reiseduell war wohl längst von ihr vergessen worden, und da war er zu stolz, sich aufzudrängen. So schmiegt er und schrie nicht mehr.

Das Schicksal hatte sie wohl endgültig getrennt.

Ines hatte versucht, im Hause der Eltern einen Wirkungskreis zu finden, aber für alles waren Dienstboten da, und Frau Michahelles sah sie erlaunt an und beannte darauf zu lachen, als Ines sie fragte, ob sie nicht Wünsche ausbessern dürfe, oder ob nichts an den Sachen des Vaters oder der Geschwister zu ändern sei.

„Wo denkst du hin, Kind?“ sagte die Mutter. „Wälsche Kopfen! Du willst dir wohl die Augen verderben?“

„Aber bei Mütterchen Katja habe ich es doch auch immer getan, Mama, da war es lange nicht so heiß in der Wohnung wie hier, und ich habe mir nicht die Augen verdorben.“

(Fortsetzung folgt)

präsidenten
ang des Ka-
der Reichs-
immer mehr
rationsfom-
traut. Sein
wiederholte
umfag „Erst
Cunos An-
herheitspat-
n z ü s i s h
katastrophalen
r abwenden
Aufgabe, den
e zahlreichen
nizieren. Am
und außen-
Cuno auf
eichstagsrat-
Seine Erb-
mit großem
der Wieder-
der deut-
Reparations-
nen.
mus
3. Januar.
er Tagblattes
im gestrigen
agenfurt eine
it der Förde-
ndelsoverträge
einen Fort-
Deutschland
gelangen.
ygebiet habe
re Aufnahme
aber würden
niet werden
olitischem Ge-
der strengen
de sehr bald
rden müssen.
en?
n. Januar.
3. Januar.
nte Djaritsch
d der Besorg-
die angebe-
finanzielle
hen.
omecheln und
onen RM., die
Millionen RM.
397,5 Millionen
hochschwefeln
ommen.
nen zusammen
offen, und zwar
2 Millionen auf
ankföhnen um
t. Dementpre-
r Rentenbank-
r gesamte Jah-
von etwa 1496
Millionen RM.
RM. gegen 6678
geigen mit 530,9
en RM.
a Dreifeln haben
erhöht. Im ein-
auf 808,2 Mil-
dehungsföhigen
RM. abgenom-
d und bedungs-
gegen 27,2 Proz.
uar
ur geringe Aus-
behaupten. Stär-
2,4 einbüßen,
— 2,4. Plauerer
es Berliner Kur-
gedrückt. Goo-
en Gewinn von
Proz., Speich-
Reichsbank 2 1/2
Am Anleihe- und
nleihen überwie-
48,5. Südsächs-
er 57 1/2, Rellen
a Ostfachsen 79,8
Pfefferwarte
achts höchstens
e. Keine oder
is f ö m e i t l i c h e

Die Konjunktur der Zeitungsverbote

Vom 20. Juli bis 31. November 1932 in Preußen insgesamt 71 Tageszeitungen und 27 Wochenchriften betroffen

Oberregierungsrat Heide im Rundfunk

In einem Rundfunkvortrag „Pressefreiheit — Selbstdisziplin der Presse“ begründete Oberregierungsrat Dr. Heide zunächst die Notwendigkeit der im November 1931 erlassenen Verordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Um der damals hereingebrochenen Krise Herr zu werden, mußten alle bewußten Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung nach Möglichkeit ausgeschaltet und der bedauerlichen Verrohung und Verwilderung in den politischen Auseinandersetzungen entgegen gewirkt werden. Es wurden Ausnahmemaßnahmen erlassen, die den Zweck verfolgten, den Mißbrauch politischer Rechte im Interesse des Allgemeinwohles zu verhindern, planmäßige Erzeugung von Katastrophensituationen zu verhindern und dem politischen Leben wieder die Formen guter deutscher Sitte aufzuzwingen. Dr. Heide zog eine interessante Parallele zu der Verordnung, die Bismarck im Jahre 1863 ebenfalls zur Bekämpfung der Unruhe erlassen hatte. Während Bismarck die damalige Presseverordnung aus dem Grunde wieder zurücknahm, weil das Abgeordnetenhaus sie als unzulässig erklärt hatte, hob Reichskanzler von Schleicher sie aus eigener Initiative auf in der Erwartung, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten schließlich in einer Form ausgetragen würden, die des deutschen Volkes als einer Kulturnation würdig sei.

Dr. Heide schilderte dann die Einstellung der Presse zum Erlaß der Zwangsmaßnahmen — Zeitungsverbote und Ausnahmemaßnahmen — und führte den Nachweis, daß die regierungsfreundliche Presse seinerzeit die Notwendigkeit der Verordnung anerkannte, während die damalige Oppositions-

presse von der Vernichtung der Pressefreiheit sprach. Die Beurteilung der mit der Zeit ergänzten und erweiterten Verordnung durch die Presse verschob sich später im analogen Verhältnis zur politischen Entwicklung. Von den Maßnahmen wurden am schwersten die Zeitungen der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei betroffen, was aus Statistiken über Zeitungsverbote in Preußen hervorgeht, die den Nachweis erbringen, daß zwei Drittel aller Verbote auf die beiden genannten Parteien entfallen. So hatte Ende November auf die Anfrage eines nationalsozialistischen Abgeordneten im Landtag die Kommunistische Partei die bisher unveröffentlichte Feststellung getroffen, daß in der Zeit vom 20. Juli bis 31. November 1932 insgesamt 71 Tageszeitungen mit 478 Tagen und 27 Wochenchriften mit 1238 Tagen in Preußen verboten worden sind. 52 Tageszeitungen waren davon nationalsozialistisch oder kommunistisch, nämlich 18 plus 34, also wieder zwei Drittel der Gesamtverbote, wobei die kommunistische Presse sowohl nach der Zahl wie nach der Verbotsdauer doppelt so oft wie die nationalsozialistische Presse und dreimal so lang wie diese betroffen wurde, ein Beweis für die Tatsache, daß die kommunistische Presse die meisten Zwangsmaßnahmen herausgefordert hat.

Die weiteren Ausführungen beschäftigten sich mit dem nach der Aufhebung der Rotverordnung gegebenen Rechtszustand und dem zukünftigen Schicksal der Presse. Dabei bekannte sich Dr. Heide erneut grundsätzlich als Anhänger der Pressefreiheit, da er der deutschen Presse als solche ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl anerkenne. Er schloß mit dem Hinweis, daß wenn Selbstdisziplin oberstes Gesetz und oberste Richtschnur für jede Zeitung werde, dann die vom Reichskanzler erwähnte „Schulden-Verordnung“ bereits ihre Wirkung getan habe.

So macht man Kommunisten!

Ein erschütternder Brief aus Karpatho-Rußland.

In den letzten Monaten sind einige Male durch die europäische Presse Nachrichten gegangen, welche für eine Zeitlang die Aufmerksamkeit auf ein in den letzten Jahren fast ganz in Vergessenheit geratenes Gebiet Mitteleuropas, „Karpatho-Rußland“, gelenkt haben. Es wurden Einzelheiten bekannt, aus denen man die unbeschreibliche Not erkennen konnte, welche diesem östlichsten Teile der Tschechoslowakei ihren Stempel aufgedrückt und ihm den Beinamen „Hungergebiet Mitteleuropas“ verschafft hat. Der Prager kommunistische „Rudy vecernik“ vom 28. Dezember veröffentlicht eine von 30 Bauern (d. h., was man dort „Bauern“ nennt!) unterfertigte Zuschrift aus der Ortschaft Jrsava, die wir im folgenden ohne jede Änderung veröffentlichen:

„Wir teilen euch mit, wie wir, Kleinbauern, in unserer Gegend leben. Wir haben kein Einkommen und die Exekutoren reichen bei uns einander die Tür. Im heurigen Jahre ist uns nicht so viel gewachsen, als wir zum Säen brauchen. Und auch diese kleine Ernte haben uns die Mäuse fast aufgefressen. In unseren Hütten gibt es weder Brot, noch Kartoffeln, auch nicht für unsere kleinen Kinder. Unsere Kinder gehen barfuß und hungern in die Schule. Wenn wir aus Furcht, daß sie erkranken könnten, sie einen oder den anderen Tag nicht in die Schule schicken, verhängt das Bezirksgericht über uns strenge Strafen, die wir im Gefängnis abtun müssen. Die Exekutoren nehmen uns für die Steuern das Letzte, das wir besitzen. Im Dorfe Deshokle war Mitte Dezember der Exekutor vom Steueramt in Munkacs und nahm bei armen Landarbeitern für die schuldige Steuer die Tischtücher und die Teller von den Tischen, das Bettzeug von den Betten und einer achthöpfigen Familie plünderte er die letzte Kuh. Daselbst geschah im Dorfe Brod bei Cerny Potok. In unserer Gemeinde ist die Bevölkerung bis zu 90

Prozent ihres Besitzes an die Banken verschuldet. Wir können nicht einmal die Zinsen zahlen, denn wir haben nicht nur keine Arbeit, sondern erhalten auch keine Unterstützung. Bitten wir um die Unterstützung, so wird uns auf den Weibern geantwortet, daß wir Häuschen haben und deshalb keine Unterstützung brauchen. Gehen wir geschloffen aufs Bezirksgericht, um eine Unterstützung von 10 Kronen (2 Schilling) zu erbitten, erklären uns die Herren, daß wir Kommunisten seien und das ist ein neuer Grund dafür, uns keine Unterstützung zu geben. Und schweigen wir, sagen die Herren Beamten wieder, daß wir dumme „Bogani“ (Vaganten — ungarisches Wastschwein v. d. M.) seien. Verteilten wir vor den Exekutoren das letzte Stück Brot für unsere Kinder, wird aus Karabinern in uns hineingeschossen. Diese Zustände überzeugen uns, daß unser Platz weder auf der agrarischen Seite ist, noch bei den Sozialfaschisten (Sozialdemokraten v. d. R.), auch nicht auf der hierischen Seite, sondern nur unter den Fahnen der kommunistischen Partei. Unter ihnen werden wir den Kampf für Arbeit, Boden und Freiheit durchkämpfen.“

Eine erschütternde Sprache! Wer Gelegenheit gehabt hat, so schreibt dazu die Wiener Reichspost, die Bevölkerung dieses Landes vor dem Umsturz und nun in der letzten Zeit kennen zu lernen, kann erweisen, wie schwer auf diesen Leuten gedrückt worden ist, die man mit aller Gewalt von oben zu Kommunisten gemacht hat. Es gab in der alten Monarchie wenige Gegenden mit einer so treuerherzigen, biederen und herzensfrommen Bevölkerung wie das heutige Karpatho-Rußland mit seinen Huzulen. Der Friedensvertrag hat das Land von seinem natürlichen Zentrum, dem inneren Ungarn, abgetrennt. Alle öffentlichen Stellen, vom Gouverneur des Landes bis zum letzten Weichensteller, wurden mit „verläßlichen“ Leuten, zumeist gewesenen Legionären, besetzt; für die Einheimischen blieb nur der Hunger übrig. Die Volkswirtschaft eines Großteiles der Bevölkerung, besonders in den Dörfern, war die unabwendbare Folge!

Sport

Sächsischer Turnerschaft für das Jugendnotwerk

Zum Notwert für die deutsche Jugend erklärt die Leitung der Sächsischen Turnerschaft folgenden Aufruf:
Die Regierung des Deutschen Reiches ruft zum Notwert für die deutsche Jugend auf. Zwei der vier Notwertstunden bleiben den Leibesübungen oder gemeinsamer geistiger Beschäftigung vorbehalten. Damit ist unserer Turnerschaft der Weg zu einer Tätigkeit im Dienste der Jugend gewiesen! Wir rufen unsere Vereine, die Herbergs- und Heimleitungen auf, sich sofort in den Dienst des neuen Notwertes zu stellen. Wir haben Hunderte von Turnhallen und Heimen, die wir zur Verfügung stellen können; wir haben Jugendführer, die geeignet sind, die Betreuungsbearbeitung zu leisten. Wir haben jugendliche beiderlei Geschlechts, die als Kerntuppen in der Lage sind, die Hilfe aus den Reihen der Jugendlichen selbst zu organisieren. Wir finden hier insbesondere auch eine Gelegenheit, unsere erwerbslosen jugendlichen Turnerinnen zur Gemeinschaftsarbeit, im Hilfsdienst bei Verpflegung, Heimleitung und Heimordnung, heranzuziehen. Jeder Verein der Sächsischen Turnerschaft zeige beim Notwert für die deutsche Jugend das er bereit und fähig ist, an der deutschen Jugend zu ihrer Gemeinschaftsarbeit über den Rahmen des Vereins und Verbandes hinaus zu leisten. Allen unseren Vereinen geht in den nächsten Tagen über die Anleitungen ein besonderes Rundschreiben zu, das über die Maßnahmen im einzelnen Aufschluß gibt. Wir wollen neben unseren allgemeinen Aufgaben auch die Mitarbeit am Notwert für die deutsche Jugend freudig und zielbewußt aufnehmen!

Handel und Börse

Dresdner Produktbörse vom 2. Januar. Weizen 76 kg 183-188; Roggen 70 kg 145-150; Futter- und Industrie-Gerste 155-171; Sommergerste 172-180; Hafer inf. neuer 115-120; Troadenschmelz 8,70-8,90; Zuckerschmelz ca. 60 Prozent 8,80-9; Kartoffelstodden 15-16,30; Futtermehl 12-13; Weizenkleie 8,70-9; Roggenkleie 8,60-8,60; Kalfersaug 35,25-37,25; Wäldermundmehl 30,25-32,25; Jlandsweizenmehl August 33,25-35,25; Grießermundmehl 22,50-24; Weizenmehl 18,50-20,50; Roggenmehl Type 60 Prozent 24-25; Roggenmehl Type 70 Prozent 23-24; Roggenmehl (1) 17 bis 20.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 2. Januar. Auftrieb: Ochsen 152, Bullen 274, Kühe 257, Färjen 35, Fresser 43, Kälber 594, Schafe 575, Schweine 2468, zusammen 4398 Tiere. Preise: Ochsen 1 31-33, do 2 26-30, do 3 23-25, do 4 20-22; Bullen 1 28-30, do 2 25-27, do 3 20-23; Kühe 1 26-28, do 2 21-25, do 3 14-20, do 4 10-12; Färjen 1 29-32, do 2 26-28; Fresser ohne Notiz; Kühe 1 —, do 2 33-36, do 3 26-32, do 4 20-25; Schafe 1 —, do 2 33-36, do 3 25-30, do 4 20-24; Schweine 1 40-41, do 2 38-40, do 3 30-37, do 4 24-35, do 5 32-33, do 7 Sauen 32-35. Geschäftsgang: Ochsen, Bullen, Kühe, Färjen und Schweine schlecht, Kälber und Schafe langsam. — Ueberstand: Ochsen 19, Bullen 26, Kühe 41, Kälber 2, Schafe 33, Schweine 127.

Leipziger Börse vom 2. Januar. Wenn auch die erste Börse im neuen Jahr einige Kursabwärtsbewegungen aufwies, war doch die Haltung durchaus freundlich. Reichsbank gewann 2, Schubert & Salzer 1,5, Mittweida Baumwolle 1 Prozent. Dagegen blühten Sachfenboden und Debitant je 1 Prozent ein, Stöhr und Riquet ebenfalls je 2 Prozent. Anleihen freundlich mit kleineren Gewinnen.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 2. Januar 1933. Auftrieb: Ochsen 88, Bullen 250, Kühe 178, Kälber 56, Färjen 239, Schafe 528, Schweine 1790, zusammen 3130 Tiere. Direkt von Fleischern zugeführt: Rinder 68, Kälber 26, Schafe 188, Schweine 219. — Preise: Ochsen 1 30-32, do 2 26-29, do 3 23-25, do 4 20-22; Bullen 1 27-28, do 2 24-26, do 3 22-23, do 4 19-21; Kühe 1 25-27, do 2 22-24, do 3 18-21, do 4 13-17; Kälber 1 30-32, do 2 25-29; Färjen 1 —, do 2 30-33, do 3 26-29, do 4 22-26, do 5 18-21; Schafe 1 28-30, do 2 31-35, do 3 26-27, do 4 22-25; Schweine 1 40-41, do 2 39-40, do 3 37-38, do 4 35-36, do 7 Sauen 34-39. Geschäftsgang: Rinder schlecht, Kälber schlecht, Schafe mittel, Schweine langsam. Ueberstand: Ochsen 15, Bullen 50, Kühe 60, Kälber 5, Färjen 21, Schafe 30, Schweine 26.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Dr. G. Desegre, im Verlag, Spof und Kugelger: G. Wintze, beide in Dresden, Polierstraße 17. Druck und Verlag: Germania, Dresden.

Dresdner Theater

Opernhaus
Dienstag
Anrechtstreife B
Die Bohème (8)
P.P. Gr. 1 6701-6800
7801-8000

Mittwoch
Anrechtstreife B
Der Zigeunerbaron (7,30)

Schauspielhaus
Dienstag
Anrechtstreife B
Die verunkelte Glocke (8)

Mittwoch
Anrechtstreife B
Wetter für morgen: veränderlich! (8)

Die Komödie
Dienstag
Da stimmt was nicht!
(8,15)
P.P. Gr. 1 11001-11100

Mittwoch
Da stimmt was nicht!
P.P. Gr. 1 10501-10575
Gr. 2 51-75

Albert-Theater
Dienstag
Vergeld laßt (8)
P.P. Gr. 1 11201-11300
11601-11700

Mittwoch
Jugendfreunde (8)
P.P. Gr. 1 1101-1200
11801-11900

Central-Theater
Dienstag
Volksvorstellung:
Die Försterei (8)

Mittwoch
Schneeweißchen
und Rosenrot (4)
Gastspiel Kammeränger
Richard Tauber
Wohltätigkeitsabend (8)
zugunsten der Dresdene
Winterhilfe

Reißend-Theater
Dienstag
Im Himmel
und auf Erden (4)
Die Geisha (8)

Mittwoch
Im Himmel
und auf Erden (4)
Die Geisha (8)

**Planetarium und
Sitzbühne.**
Stübelsallee 2a
Tägl. geöff. v. 9-9 Uhr

Formulare für Pfarrämter

Herausgegeben nach Vorschriften des
Bischöflichen Ordinariats Bautzen

	Stück		Stück
Doppelpostkarten zur kirchlichen Statistik	—,03	Kirchkassen-Rechnungen	—,10
Fastenordnungen	—,05	Mischedispensanzfrage	—,08
Firmungsanmeldungen	—,03	Religionsunterrichtsberichte	—,10
Firmungsbuchbogen	—,10	Sammelmeldekarten für Pfarrämter	—,02
Firmungszettel	—,02	Schulbesuchformulare	—,02
Geburts- und Taufanzeigen für uneheliche Kinder	—,03	Taufbuch-Abschriften	—,05
Geburts- und Taufanzeigen für eheliche Kinder	—,02	Taufmeldezettel	—,05
Hausallpläne	—,15	Taufzeugnisse für uneheliche Kinder	—,05
Kartenformulare (Trauungsanzeigen zwecks Eintragung in das Taufbuch)	—,02	Trauungsbuchabschriften	—,06
		Trauzeugnisse	—,04
		Versprechen der Brautleute	—,05

Zu beziehen durch die
Germania, Buchdruckerei und Verlag
Dresden - A., Polierstraße 17

JOSEF KUNTE
Dresden-A.
Johannesstraße 1/Ecke Georgplatz)
Zigarren, Zigaretten, Tabak
Ruf 20303

Berein kath. Kaufleute iur. Verl., Leipzig

Hiermit laden wir unsere Mitglieder zu der am
Freitag, den 6. Januar 1933, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Thüringer Hof, Treppenhauseaal, stattfindenden

Ordentlichen Generalversammlung

mit nachfolgender Tagesordnung ein:

1. Jahresbericht des Vorstehenden
2. Kassenbericht
3. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung der Kassierer
4. Bericht des Jung K. K. V.
5. Entlastung des Gesamtvorstandes
6. Neuwahl des Vorstandes
7. Anträge
8. Genehmigung des Haushaltsplans und Festsetzung der Vereinsbeiträge
9. Satzungsänderungen
10. Verschiedenes

Wir bitten unbedingt um vollzähliges Erscheinen.

Mit vereinsbrüderlichem Gruß
Der Vorstand
P. Grane, 1. Vorsitzender

Konditorei und Feinbäckerei
OTTO FRENZEL
Dresden - A. / Dorsbergstr. 25
Fernsprecher 30322. Empfohlen!
Vollkornbrot, Vollkornkraftbrot
Aerztlich empfohlen f. Magen- u. Zuckerkrankte

Die Freimaurer in Spanien

Hand in Hand mit den Sozialisten — Wer finanziert die Revolution?

Dem jüngst erschienenen Werk „Orígenes de la Revolución española“ von Juan Tusquets, Professor am Seminar zu Barcelona, entnehmen wir folgende Einzelheiten über die spanische Freimaurerei (zitiert nach „Der Raasbode“):

Vor dem Staatsstreich Primo de Riveras hatte die Freimaurerei in Spanien eine schwache Stellung, aber während der Regierung des Diktators organisierte sie sich und machte ihren Einfluss auf Heer, Flotte und Politik geltend. Primo selbst sah die Gefahr nicht ein und beurteilte alle Berichte über die Loge und ihre Pläne sehr skeptisch. Zwar verbot er in Madrid einen Freimaurerkongress, aber einer seiner Untergebenen, General Barrera, gestattete ihm in Barcelona. Quinones de Leon, ehemaliger Gesandter in Paris und unglücklicher Berater des Königs, war Mitglied der Loge. Viele Anhänger Primo de Riveras waren mit der Loge befreundet.

Der „Grande Oriente Español“ zählte im Jahre 1883 302 Logen, 1922 nur 33, aber 1927 wieder 85 und 1931 bereits 105. Die „Gran Logia Española“, ein anderer Zweig, der in der Hauptsache katalonische Elemente umfaßt, zählte in den genannten Jahren 18, 10, 42, und 1931 ebenfalls 42 Logen. In den Jahren 1925—1928 ließen sich die meisten linksgerichteten Politiker in Andalusien und Katalonien als Mitglieder in die Loge aufnehmen, Macia, der augenblickliche Präsident der katalonischen Generalität, und Major Franco, der Leiter des Aufstandes in Jaca, waren Mitglieder ausländischer Logen.

Um von dem Streben und Wirken der spanischen Freimaurer eine Andeutung zu geben, sei hier mitgeteilt, daß die Zeitschrift der spanischen Großloge im Jahre 1924 den unerhörten Plan entfaltete, die Geistlichkeit von Katalonien in die baskischen Provinzen zu versetzen und die baskischen Geistlichen nach Katalonien. Der Zweck dieses Planes wird sofort ersichtlich, wenn man weiß, daß katalonisch und baskisch ebenso voneinander verschieden sind wie deutsch und chinesisch!

Nachdem die Freimaurerei auch in den Regierungskreisen Fuß gefaßt hatte, begann sie mit der Durchführung ihrer Pläne. Auch jetzt blieb der Diktator diesen dunklen Zielen gegenüber blind. Zwei hohe Offiziere schrieben eine sehr tendenziöse Broschüre, worin die Freimaurerei verteidigt wurde. Sie erhielten einen Monat Arrest, aber das Urteil wurde schon bald revidiert, und kurz darauf wurden sie entlassen. Die Polizei entdeckte in der Zeit der Diktatur mehrere Verschwörungen, worauf viele Mitglieder der Loge in Alhama und Jerez verhaftet wurden. Aber auch sie wurden gar bald wieder auf freien Fuß gestellt, und die Freimaurer kühlten ihre Rache am — Erzbischof von Tortogona. Man teilte Primo mit, daß sein Freund, der schon genannte Barrera, unter Leitung der Loge den katalonischen Episkopat angriffe, aber der Diktator „konnte“ es nicht glauben. Im Gegenteil, er ernannte sogar den Freimaurer Perena zum Finanzminister.

In den Jahren 1926 und 1927 erklärten auch die Führer der sozialistischen Partei ihren Beitritt zur Loge, und viele von ihnen erhielten hohe Regierungsposten. Kein Wunder, daß der Sekretär des Hohen Rates der Freimaurer 1927 auf Versammlungen erklärte: „Wir Freimaurer haben bereits die Stellungen erobert, die eine Revolution ermöglichen werden.“ In der Mitgliederliste der „Logia Hispano-Americana“ kommt der Name eines jüdischen Großindustriellen aus Manila, Richard Benjamin, vor, der die Revolution zum Teil finanzierte. Um sich von der Stärke einiger Logen ein Bild zu machen, sei hier nur mitgeteilt, daß die Mitgliederliste der „Gran Logia Regional de Mediodía“ am 15. Oktober 1926 bereits 1059 Mitglieder zählte, von denen 604 bedeutsame Posten bekleideten. In ganz Spanien gibt es jetzt 106 Logen mit 5000 Mitgliedern. Seit Dezember 1931 besteht auch eine Frauerverloge.

Zugleich mit der Loge ging auch der Sozialismus zum Angriff über. Primo de Rivera nahm von diesem Augenblick an seine Zuflucht zu strengeren Maßnahmen, aber sein Eingreifen erfolgte zu spät und der Diktator fiel. Berenguer kam zur Regierung. Die Freimaurer triumphierten über diese Veränderung und nannten das Jahr 1930 ein „Glücksjahr“. Der berühmte Major Franco schrieb ein Jahr später: „Die Regierung tat alles, um ein Fehlschlagen ihrer Maßnahmen zu verhindern, aber wir bereiteten den republikanischen Angriff vor.“

Der Großmeister der Loge „Estava“ verkündigte auf einem Kongress, der vom 7. bis zum 9. Juni 1930 in Madrid stattfand, die Notwendigkeit, alle linksgerichteten Parteien zu einer Einheitsfront gegen die Regierung zusammenzuschweißen. Während der Regierung Berenguers verdreifachte sich die Zahl der Sozialisten und auch die Loge breitete sich bei den Studenten und beim Heere stark aus. Der König war von Freimaurern umringt. Unter den Fabrikarbeitern und Soldaten wurden Flugschriften verbreitet, die Kirche und Geistlichkeit heftig angegriffen. Das revolutionäre Komitee in Paris, unterstützt von den Logenbrüdern in Frankreich und Portugal, hatte Mitte Februar die Vorbereitungsarbeiten für die Revolution, die im April ausbrach, bereits beendet. — Einer der Hauptführer der revolutionären Bewegung, Puigola, Kadefh-Ritter in der katalonischen Loge, Agent der Bank von Katalonien,

wirkte, wie die französischen „Cahiers de l'Ordre“ von März—April (S. 173) melden, „unter dem väterlichen Auge der Mitglieder unseres politischen Büros“, die ihm so zugetan waren, daß sie auf sein Ansuchen hin bereitwilligst im Oktober 1928 einen gewissen Pedro Sanz, Künstler und Korrespondenten spanischer Blätter und Freimaurer, der in Frankreich wegen sittlicher Vergehen verhaftet und verurteilt worden war, auf freien Fuß setzten.

Man gab Millionen aus. Woher kam das Geld? „Ohne Zweifel aus Rußland; es ging durch die Hände amerikanischer Juden und wurde von der spanischen Loge verteilt“, so lautet die Antwort, die Fouquet, Sekretär der „Cahiers de l'Ordre“, auf diese Frage gibt. Dieses wird übrigens durch Auslassungen bestätigt, die Major Franco bei einem Souper im Kasino der Feldartillerie machte. Oberst Macia fürchtete, daß der rechtsgerichtete Politiker Cambo in Katalonien die Oberhand behalten möchte. Dieses mußte durch einen Aufstand der Massen verhindert werden. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen waren hiermit einverstanden und wiesen darauf hin, daß die von nordamerikanischen Freunden zur Verfügung gestellten Gelder doch zu irgendeinem Zwecke dienen müßten. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine ausführliche Diskussion, in deren Verlauf Franco aus-



Ministerialdirektor Cohnmann

sprach in der Neujahrsansprache beim Reichspräsidenten den Wunsch aus, der Reichspräsident möge in Zukunft für eine verstärkte Wahrung der Interessen der Länder sorgen.

rief: „Die Juden laufen Gefahr, ihre Millionen zu verlieren, und wir unsere Chancen, wenn wir bei diesem Glücksspiel mitmachen.“ — Noch andere Tatsachen bestätigen die Mitteilungen Fouquets. Einige Tage vor dem Aufstand in Jaca wurde an die Filiale einer ausländischen Bank in Barcelona ein sehr hoher Betrag von einem jüdischen Bankier in Nordamerika überwiesen, und als die Republik ausgerufen war, wurde zum Präsidenten des Aufsichtsrates der Bank Augusto Barcia ernannt, Großkommandeur des souveränen Rates der Freimaurer in Spanien, und zum Liquidator der Jesuitenbestimmungen Demofilo de Buen, Großmeister des spanischen „Grande Oriente“.

Selig- und Heiligpreisungen in Rom 1933

R. R. Aus Rom wird uns geschrieben: Angesichts des von Seiner Heiligkeit verkündeten Heiligen Jahres gewinnen die Stimmen an Bedeutung, die noch vor kurzem von bevorstehenden Selig- und Heiligpreisungen Näheres zu berichten wußten. Für viele der dabei genannten Namen sprechen auch innere Wahrscheinlichkeitsgründe. Deshalb mögen sie auch hier vor dem deutschen Leserkreis angeführt werden, wobei vollständigkeit angestrebt noch die unbedingte Anwartschaft der Einzelnen auf eine schon 1933 erfolgende höchste Krönung ihres Lebens behauptet sein soll.

Seit den letzten Beatifikationen und Kanonisationen, die im Jahre 1930 stattfanden, sind die kanonischen Prozesse bei einer Reihe von Anwärtern auf die kirchliche Unsterblichkeit natürlich ein gut Stück fortgeschritten. So sollen die vorbereitenden Arbeiten zur Heiligpreisung des Seligen Andreas Humbert Fournet, des Gründers der „Töchter vom Kreuz“, der sogenannten S. Andreas-Schwester, abgeschlossen sein. Nahe dem Abschluß steht nach unseren Informationen auch das Heiligpreisungsverfahren bei der Seligen Soubirous von Lourdes und beim Seligen Don Bosco, bei dem das eine der beiden zur Prüfung vorgeschlagenen Wunder nicht beweiskräftig genug gestützt war, aber durch ein anderes vollgültiges ersetzt werden konnte.

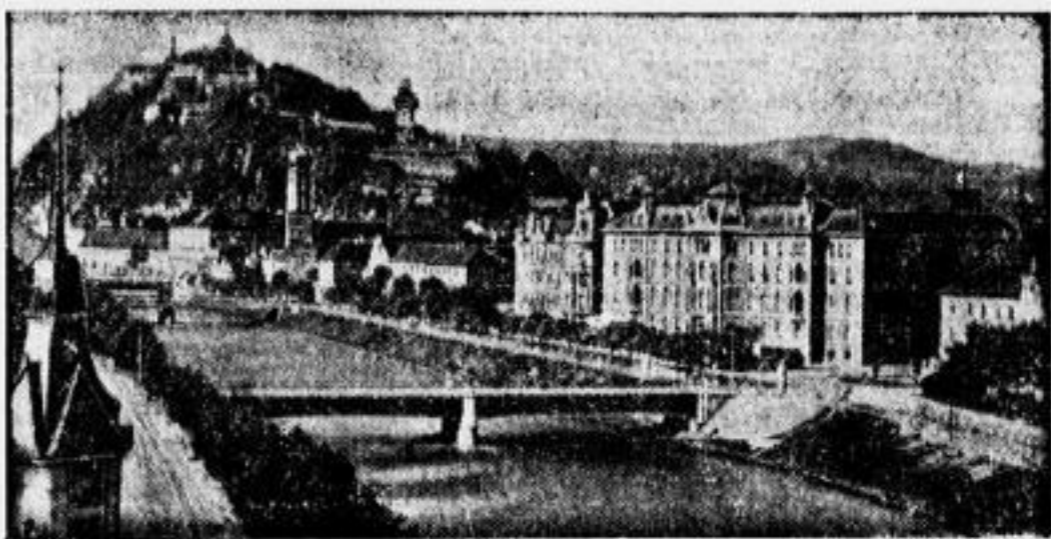
Bezüglich einer Seligpreisung kommen ziemlich sicher in Betracht: die Ehrwürdigen Dienerinnen Gottes

Maria di S. Eufrasia Pelletier, die Gründerin der Schwestern vom Guten Hirten, und Vincenza Gerosa, Mitgründerin der Schwestern der Liebe, genannt von der Kleinen Maria, Gemma Galgani aus Lucca, gestorben 1903, und der Ehrwürdige Diener Gottes Giuseppe M. Pigantelli, ein Jesuitenpater aus Rom, gestorben 1811 und in der Kirche San Gesu daselbst gegenüber dem Grabe des St. Vellarmin begraben.

Möglicherweise werden sich zu diesen noch gesellen: die Ehrwürdigen Diener Gottes Olicerio Landriani, von den Calasantinern; Vincenzo Pallotti, ein 1850 gestorbener Römer, Gründer einer Missionsgesellschaft; ferner die Ehrwürdigen Dienerinnen Gottes Alessia le Clerc, die Gründerin des Institutes Unserer Lieben Frau, und Maria Assunta Pallotta aus Siena, die im Kloster der Franziskaner-Missionarinnen in Grottaserrata bei Rom lebte und 1905 dort starb, in vielem der St. Theresia vom Kinde Jesus ähnlich.

Die Zeit der erwähnten Feierlichkeiten dürfte, wenn man nach Analogien der letzten Jahre schließen darf, das späte Frühjahr und der Dezember 1933 sein; da das angekündigte Jubeljahr sich aber bis Stern 1934 erstrecken soll, wird wohl auch noch der März große Kirchenfeierlichkeiten im Zusammenhange mit Erhebungen zu den Mären bringen. J. J. 3.

Die Bauernunruhen in Steiermark



Blick auf Graz, die Hauptstadt der Steiermark.

Die steirischen Bauern, die sich in größter wirtschaftlicher Notlage befinden, haben sich zu Tausenden zusammengeschan, um einen Marsch auf die Landeshauptstadt Graz zu unternehmen.

Wien, 3. Januar. Entgegen der bereits gemeldeten Annahme fand die Protestversammlung der Bauern in Borau doch statt. An ihr nahmen etwa 1500 Bauern teil. Gleichzeitig verhandelten Abordnungen mit dem Regierungsvertreter und Bürgermeister sowie mit dem Untersuchungsrichter über die Freilassung der vier verhafteten Bauern. Nachdem der Untersuchungsrichter dem Staatsanwalt in Graz erklärt hatte, daß die Bauern sich ruhig verhielten, nichts Gelegentliches vorgefallen und auch keine Wiederholung der Versammlungen zu befürchten sei, wurde die Freilassung der verhafteten Bauern verfügt. Die in Borau versammelten Bauern verließen daraufhin gegen Abend den Ort.

Wegen Vereitelung einer Zwangsvollstreckung in Admont wurden zehn Teilnehmer eines kommunistischen Sturzes, und zwar durchweg Hoch- und Mittelschüler, sowie einige Ortsbewohner verhaftet.

* Sir Mansfeld de Cardonnel Finlay, der ehemalige britische Gesandte in Christiania, ist im 71. Lebensjahr gestorben. Er war vor seiner Tätigkeit in Norwegen, die die Jahre 1911 bis 1923 umfaßte, den britischen Vertretungen in Stockholm, Konstantinopel, Wien und Buenos Aires zugeteilt.

Dresden und Umgebung

Befreiung von der Bürgersteuer

Dresden, 3. Januar. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Nach den reichsgesetzlichen Vorschriften über die Bürgersteuer 1933 ist es möglich, daß in einzelnen Fällen der arbeitende Steuerpflichtige schlechter gestellt ist, als der Unterstutzungsempfänger, der gesetzlich von der Steuer befreit ist. Dieser Fall wird immer dann eintreten, wenn zwar der Bruttoverdienst des Arbeitnehmers über der allgemeinen Freigrenze liegt, sein Nettoeinkommen (Bruttoeinkünfte nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Bürgersteuer) aber unter dieser Grenze. Das Ministerium des Innern erklärt deshalb in einer im Sächsischen Verwaltungsblatt erscheinenden Verordnung die in der Sächsischen Staatszeitung vom 13. Januar 1933 veröffentlichte Verordnung vom gleichen Tage für anwendbar auch auf die Bürgersteuer 1933. Danach kann in den obengenannten Fällen der steuerpflichtige Arbeitnehmer bei seiner Gemeinde die Ausstellung einer Bescheinigung über die Nichteinbehaltung der Bürgersteuer beantragen. Die Bescheinigung hätte er dem Arbeitgeber vorzulegen, der seinerseits in diesen Fällen von der Einbehaltung der Bürgersteuer absehen muß. Eine Vereinfachung des Verfahrens wird sich im einzelnen Falle durch allgemeine Vereinbarungen der Gemeindebehörde mit dem Arbeitgeber herbeiführen lassen.

Einheitliche Aufstellung der Versorgungsbezüge

Dresden. Durch Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums ist das Ruhegeldamt mit der Berechnung der Versorgungsbezüge für alle staatlichen Verwaltungen sowie für den Bereich der Brandversicherungskammer und der Anstalt für staatliche Schlachtviehverversicherung beauftragt worden. Ausgenommen hiervon sind die Versorgungs- und Uebergangsgebühren für die auf Grund des Landespolizeiverordnungsgesetzes ausscheidenden Vollzugsbeamten der ehemaligen Landespolizei; sie werden weiter, wie bisher, von der Versorgungsabteilung des Dresdner Polizeipräsidiums erledigt. Weiter ist das Ruhegeldamt ermächtigt worden, beim Tode eines Ruhegeldempfangers die Hinterlassenenbezüge im Auftrage der Anstellungsbehörde selbstständig festzusetzen. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen sind Rechnungsinspektor Richter vom Volksbildungsministerium und Oberregierungssekretär Mehner aus dem Ministerium des Innern aufs Finanzministerium übernommen worden.

Neuer österreichischer Konsul. Generalkonsul Geheimrat Otto Weihenberger wurde an Stelle des zurückgetretenen Generalkonsuls Wilhelm Eißelt mit der Führung der Geschäfte des hiesigen österreichischen Generalkonsulats betraut.

Folgen des Glattleises. Am Montagvormittag stürzte auf der Rossener Straße eine Zigarettenarbeiterin infolge des Glattleises so schwer, daß sie mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Verunfallte war kurz vorher bereits einmal gestürzt, so daß sie geführt werden mußte.

Eine gefährliche Unfälle. Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt mit: In letzter Zeit ist mehrfach die Wahrnehmung gemacht worden, daß auf öffentlichen Straßen und Plätzen von Kindern mit Katalputen geschossen worden ist. Durch diese Unfälle kann nicht nur Sachschaden entstehen, sondern es können dadurch auch Menschen und Tiere schwer gefährdet werden. Alle Erziehungsberechtigten werden deshalb gebeten, ihre Pflegebesohlenen vor dieser Unfälle, die unter Umständen auch Schadensersatzansprüche nach sich ziehen kann, zu warnen. Die Beamtenschaft ist angewiesen worden, gegen diesen Unfug einzuschreiten und gegebenenfalls Anzeige zu erstatten.

Dresdner Polizeibericht

Geschäfts- und Wohnungseinbrüche. In der Nacht zum 28. Dezember 1932 wurde in ein Zigarrengeschäft in der Lindenaustraße eingebrochen. Die Täter erlangten hierbei einen großen Vorrat Zigarren und Zigaretten der bekanntesten Marken in kleinen und größeren Packungen. Außerdem wurde eine wertvolle goldene Damenremontr-Uhr, auf deren Rückseite sich ein Emaillebild (Reihen darstellend) befindet, gestohlen. — Nachschlüssel diebe drangen innerhalb der letzten Tage in eine Wohnung in der Ripodorer Straße ein. Sie erbeuteten eine eiserne Kassette 25x16x10 Zentimeter groß mit 100 Mark Bargeld und nachfolgenden Schmucksachen: 3 goldene Halsketten mit Medaillons, 1 goldenen Herrenring mit blauem Stein, 685 gestempelt, 1 goldene Damenuhr und 1 goldenes Uhrenarmband.

Sprechstunde über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Brasilien. Der Gesandtschaftsrat, Herr Gaidlen, von der Deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro, hält am Mittwoch, den 11. Januar d. J. von 9.30 Uhr an in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Dresden, Albrechtstraße 4, Sprechstunden für die beteiligten Wirtschaftskreise ab. Es bietet sich hierbei Gelegenheit, mit einem Kenner über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Brasilien Rücksprache zu nehmen. Wegen der erforderlichen Aufstellung einer Zeiteinteilung ist vorherige Anmeldung bei der Kammer erforderlich.

S. 2. Sächsische Geldlotterie für Lebensübungen. Das Ministerium des Innern hat auch für das Jahr 1933 eine zu Gunsten der Lebensübungen treibenden Verbände auszuspielende Geldlotterie genehmigt. Der Reinerlös der Lotterie soll der Erhaltung bedrohter Übungsstätten dienen. In Einzellosen zu 50 Pfennigen und Doppellosen zu 1 RM. werden 200 000 RM. ausgespielt. Die Ziehung findet am 3. und 4. April 1933 in Dresden statt.

Dresden. Finanzrat Zeuner f. Im Alter von 68 Jahren starb Finanzgerichtspräsident Geheimrat Finanzrat Hellg Zeuner, der nach der zweiten Staatsprüfung ins Finanzministerium übernommen wurde und darauf als Kreissteueramt in Rauen bis 1920 tätig war. Als die Reichsfinanzverwaltung eingerichtet wurde, arbeitete er in der Steuerabteilung des Landesfinanzamtes und erhielt später, den Vorfall des neuerrichteten Finanzgerichts, 1929 schied er nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.

'Marxistenfreies' Stadtverordneten-Präsidium in Dresden?

Dresden, 3. Januar.

Im Dresdner Stadtverordneten-Kollegium haben sich auf der bürgerlichen Seite zwei Fraktionen gebildet: Die Deutschnationalen, zu denen die Hausbesitzer, der Handwerker-Vertreter Kuntzsch und der Konservativ Wagner stoßen. Ferner haben sich zu einer „Fraktion der Mitte“ zusammengeschlossen die vier Volksparteiler, zwei Staatspartei und der Christlich-Soziale. Der Vertreter des Zentrums, Stadtverordneter Richard Müller, bleibt ohne fraktionelle Bindung.

Bei der Vorsteher-Wahl wollen die genannten beiden Fraktionen für den Posten des 1. Vizevorstehers den auf der Hausbesitzer-Liste gewählten Stadtr.

Baurat Paul nominieren, für den Posten des 2. Vizevorstehers einen Volksparteiler, über dessen Person noch Verhandlungen schweben. — Da der Vorsteher-Posten den Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion zusteht (sie werden für dieses Amt den Stv. Dr. Kluge präferieren), soll auf diese Weise versucht werden, einen „marxistenreinen“ Vorstand für das Stadtverordneten-Kollegium zu bilden. Ob auf diese Weise die Arbeitsfähigkeit des Stadtparlamentes erhöht wird, wagen wir zu bezweifeln, da die „marxistische Linke“ immerhin 35 von 75 Abgeordneten stellt. Nach parlamentarischem Brauch haben auf den Posten des 1. Vizevorstehers die Sozialdemokraten als zweitstärkste Fraktion Anspruch.

Das Parteigericht hat gesprochen

Vor der Lösung der deutschnationalen Krise in Dresden?

Berlin, 3. Januar. (Eigene Meldung.)

Wie bereits kurz berichtet, hatte sich das deutschnationale Parteigericht mit den unhaltbaren Zuständen im Bezirksverband Dresden und die gegen verschiedene prominente sächsische Parteimitglieder vorliegenden Ausschlußanträge zu beschaffen. Diese Anträge wurden zurückgewiesen, hingegen hat das Parteigericht die Maßnahmen des Parteiführers Hugenberg, der bekanntlich den Landesverbandsführer Ohschens, General a. D. Wöllwarth, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet und ihm damit die Möglichkeit gab, den Dresdner Bezirksverbandsvorsitzenden Guratsch seiner sämtlichen Ämter zu entheben, korrigiert. Die von Wöllwarth eingeleitete Ortsgruppen- und Bezirksverbandsleitung (Stadtbaurat Dr. Veste, Ministerialrat Dr. Just, Kirchenrechtsrat Kuntzsch und Sanitätsrat Dr. Pause. Die Schriftl.)

soll bis zum 10. Januar beseitigt und bis dahin sachungsmäßige Zustände wieder hergestellt sein.

Die Leitung der Dresdner Ortsgruppe hat inzwischen der zweite Vorsitzende, Studienrat Meyer, übernommen, der eine außerordentliche Hauptversammlung für den 9. Januar einberufen hat. Da hinter Meyer und den von Wöllwarth gemahregelten und monatelang mundtot gemachten Parteimitgliedern eine starke Mehrheit steht, dürfte diese Versammlung, in der die Entscheidung des Parteigerichts zur Berlesung kommen und der neue Bezirksverbandsvorsitzende gewählt werden soll, eine politische Niederlage für General a. D. Wöllwarth bringen. Um eine abermalige Palastrevolution zu verhindern, soll die Versammlung, wie aus der Friedrich-Ebert-Straße verlautet, von dem als Versammlungsredner und Leiter besonders gewandten Berliner Stadtrat und Reichstagsabgeordneten Werner Steinhoff geleitet werden.

Familiennachrichten aus Dresden

Verstorben: Am 21. 12. 32 Dr. Karl Georg Wenzel, Staatsbankarchivar i. R., Dresden-Plauen, Halbkreisstr. 17, 1.

Ämtliche Bekanntmachungen

Aufwertungs-Steuer für Januar 1933.

Die Aufwertungs-(Witzjins-)Steuer für Januar 1933 ist bis zum 5. Januar 1933 an die für das Grundstück zuständige Steuerstelle zu entrichten.

Soweit nicht nach der Verordnung des Gesamtministeriums vom 21. Dezember 1931 ein Teilerlös zu bewilligen ist, beträgt der Steuerfuß in der Regel 40,8 v. H. des Ruhungswertes (Friedenwerts).

Führt der Hauseigentümer die Steuer verspätet ab, so sind nach der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über Zuschläge für Steuerrückstände vom 22. Januar 1932 — Reichsgesetzblatt 1 S. 31 — in Verbindung mit Kapitel 2 des Ersten Teils der Verordnung vom 4. September 1932 zur Verlebung der Wirtschaft — RWBl. 1 S. 428 — neben der Steuerfuß von der Fälligkeit an Verzugszuschläge in Höhe von 1 v. H. für jeden angefallenen halben Monat zu entrichten.

Was zum Fälligkeitstage hat der Hauseigentümer diejenigen Ruhungsberechtigten (Mieter), die unter die Verordnung des Ministeriums des Innern über Gehaltsozahlung vom 7. August 1931 fallen und die die fällige Mietzinszahlung nicht rechtzeitig leisten, namhaft zu machen, da diesen Ruhungsberechtigten für die Abführung der Mietzinssteuer eine erst mit Ablauf des dritten Tages nach Zahlung der letzten Rate der monatlichen Dienstbezüge endende Schonfrist eingeräumt worden ist.

Der Mieter hat den auf seine Räume entfallenden anteiligen Steuerbetrag an den Vermieter so rechtzeitig zu zahlen, daß dieser in der Lage ist, die Zahlungstermine einzuhalten, andernfalls die Verzugszuschläge den Mieter treffen.

Das Amt als Stadthebamme haben mit Ablauf des 31. Dezember niedergelegt: Frau Anna Bürger, Dresden, Kesselsdorfer Platz 4, Fräulein Clara Zurschlag, Dresden, Kesselsdorfer Str. 7, Frau Pauline Schubart, Dresden, Hüblerstraße 2, und Frau Ida Urban, Dresden, Freiburger Str. 111.

Dresdner Lichtspiele

U. U. Unmögliche Liebe. Einer Frau, die 15 lange Jahre ihres besten Lebensalters durch den allzufrühen Tod ihres Mannes (russischer Offizier) im trauten Verein ihrer inzwischen herangewachsenen beiden Töchter das entzauerte Leben einer Vermittlerin spielen mußte, winkt noch einmal, und zwar in einem Alter und Verhältnissen, in denen die Sache einen etwas peinlichen Eindruck macht, ein Leben an der Seite eines gleichgerichteten Menschen, der alle Voraussetzungen dafür zu bieten scheint, daß was die Mutter durch diese Verbindung an ihren Kindern verlieren muß, sie durch die Liebe, Verehrung und das Verständnis des lebenden und geliebten Mannes doppelt wiedergewinnt. Scheinbar natürlich lösen sich die Fäden, die das Mutterherz seither einzig und allein mit ihren Kindern verband, dadurch daß beide sich zu gleicher Zeit, da die Mutter wieder anfängt, der Liebe eines Mannes zurückzugeben zu werden, verleben, die eine sogar dem Mann der Mutter ausweichend, dem Geliebten zur Ehe folgt. Und in der Tat scheint der beabsichtigten Ehe der Mutter mit dem bekannten Bildhauer Prof. Steinhamp kein Hindernis mehr im Wege zu stehen — da auf einmal offenbar sich menschlich die Unmöglichkeit einer beabsichtigten Verbindung: der Professor hatte verschwiegen, daß er verheiratet ist und seine Frau als Geistesranke sich in einem Sanatorium aufhält. Hierdurch die eigene Tochter in Kenntnis gesetzt, sucht sich die schon ganz aus der Fassung gekommene Vera Solah selbst zu überzeugen, fährt in das Sanatorium und erlitt nun in der Begegnung mit der gelbesichtigen Frau des Professors, die in lichten Augenblicken lediglich vom Glauben an die Liebe ihres Mannes erzählt, auf erschütternde Weise die Unmöglichkeit ihrer Liebe. Sie muß also resignieren. Und um Hoffnung auf Liebe und Glück gebracht, schreitet sie traumverloren, ziellos durch den herblichen Wald. — Die Rolle der Mutter Vera Solah wird von Alka Klei-

sen, die damit ihre erste Hauptrolle in einem Tonfilm gibt, gespielt. Wenn, wie mir, der Zugang zu der künstlerischen Darstellung der Nielsen in diesem Film abgeht, wird ihr doch das eine zubilligen, daß sie die Szene in der Krankenzelle mit einer ergreifenden Eindringlichkeit gibt, was das allgemeine Mißfallen ihres Auftretens zum Teil wieder wettmacht. Den in die schon alternde Rollen verliebten Bildhauer Professor Steinhamp gibt Hans Reimann wieder. Weiter wirken mit Gen Vos und Ellen Schwannecke als Töchter der Vera Solah, Anton Pointner als junger Diplomat, Julius Falkenstein in der humoristischen Rolle des Dieners.

Für viele Zuschauer war es eine besondere Freude, Asta Nielsen, die nach jeder Aufführung erschien und ein paar kurze Worte in die Menge warf, zu begrüßen und durch Beifall zu feiern.

Schweres Schadenfeuer

Lauban, 3. Januar. In Rengersdorf am Quels brannte am Sonntagabend kurz nach 10 Uhr die 65 Meter lange, zum Rittergut Tzschocha gehörende Feldscheune mit großen Roggenvorräten und sämtlichen darin befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet. Für die Ermittlung des Brandstifters ist sowohl von der Staatsanwaltschaft Görlitz als auch von dem Rittergutspächter Gilschom eine Belohnung von je 1000 Mark ausgelegt.

Bad Liebenwerda, 3. Januar. Am Sonntagabend brach in Lausitz beim Gutsbesitzer Seibold ein Schadenfeuer aus, durch das eine große Scheune mit beträchtlichen Strohvorräten und vielen landwirtschaftlichen Geräten vollständig vernichtet wurde. Seibold erlitt bei dem Versuch, noch einige Geräte aus dem brennenden Gebäude herauszuholen, schwere Brandwunden im Gesicht, an beiden Händen und den Unterarmen.

Eisenberg, 3. Januar. Im Landkreis Eisenberg ist innerhalb 14 Tagen das dritte Schadenfeuer zu verzeichnen. Am Neujahrstage wurde in Buchheim kurz nach 19 Uhr das größte Gut im Orte eingäschert. Dem beherzten Eingreifen sämtlicher Nachbarwehren ist es zu danken, daß die angrenzenden Güter gerettet werden konnten. Der Schaden beträgt weit über 100 000 RM. Unter der Einwohnerschaft herrscht große Erregung über dieses neue Werk einer Brandstifterbande, die sich nicht scheute, ihre Taten vorher anzugehen. In Prehschütz wurde von jungen Leuten ein Feuerstich eingerichtet.

Kirchberg i. Sa. Am 31. Dezember ist nachts die auf freiem Felde am Vorberg in Kirchberg stehende Feldscheune der Witwe Kramer niedergebrannt. Die Brandursache ist noch ungeklärt. Die Kriminalpolizei Zwickau teilt unter Hinweis auf die von der Brandversicherungskammer zur Ermittlung von Brandstiftern ausgesetzte Belohnung bis zu 10 000 RM. mit, daß sachdienliche Mitteilungen an den Gendarmereiposten Kirchberg, die Kriminalpolizei Zwickau oder die nächste Polizeidienststelle erbeten werden.

Ein neues Werk von Günter Raphael. Im Februar 1933 wird im Leipziger Gewandhaus unter Leitung von Dr. Wilhelm Furtwängler als neuestes Werk von Günter Raphael, dem erfolgreichen Leipziger Komponisten, ein Divertimento Op. 88 für Orchester uraufgeführt werden.

„Verkauf“
Di
Leitarti
v. Sch
Lufthap
„E
zu die
nicht m
„Ende d
hohelt“
diese w
gen B e
vermege
S
meinen
als jeh
verha
Zeit na
schen
Brünn
der de
legen.
N
Aus i
ihre S
tik) al
alle r
Kanzle
sonder
gerade
cher w
wedel
glaube
die W
erfchei
Regier
sehr b
Nuß
ken:
und S
typifi
Geschä
man c
arbeit
notyp
weige
schreib
lassun
gerich
teilige
drang
essant,
Prote
gefah
Lieber
schieb
öffent
nach
fel.
gange
gibt,
Sach
püsch
Unive
teilt,
Schun
ausgef
hangel
nuar
vorge
folgt
sektion
Landg
Stelle
S 1 b
tete.
stigm
y
Staats
bestig
führt
gen d
ist er
erhalt
stüfte
rente
[11
forqun
bezüg
Weglig
homm
a) die
sonder
Zahlte
end-1
-18
nen, d

Notizen

„Verhalkung in der Außenpolitik.“

Die Allgemeine Zeitung, Chemnitz, präsentiert im Leitartikel ihrer Neujaahrsnummer dem Reichshausler v. Schleicher eine erhebliche Wunschliste. Ueber die Außenpolitik ist darin u. a. zu lesen:

„Er (der Kanzler) könnte uns und dem Ausland ab und zu die Gewißheit vermitteln lassen, daß unsere Außenpolitik nicht nur aus — gewiß sehr nützlichen — Stichworten, wie „Ende der Reparationen“ oder „Gleichberechtigung in der Wehrhoheit“ besteht, sondern daß wir auch sonst Ideen haben und diese vertreten wollen. Aber das ist vielleicht bei der jahrelangen Verhalkung unserer Außenpolitik ein etwas vorwegener Wunsch.“

Sieh da: Auch ein Blatt vom Schlage der Allgemeinen Zeitung, die Anno Papen viel glücklicher war als jetzt, findet, daß unsere Außenpolitik ideenlos und verhalakt ist. Vielleicht erinnert sich die A. Z., daß die Zeit noch gar nicht lange vorüber ist, als in der deutschen Außenpolitik Ideen lebendig waren. Als ein Bräutigam fertig brachte, binnen zweier Jahre an Stelle der deutschen Isolierung die Isolierung Frankreichs zu setzen. . . .

Aber damals war die A. Z. auch nicht zufrieden. Aus innenpolitischen Gründen. Die vermindern auch ihre Sympathie für Schleicher: „Hier (in der Innenpolitik) allerdings bekennen wir uns nicht zu dem nach allen Richtungen wedelnden Delzweig der Kanzlerumschwärze oder anderer Verlautbarungen, sondern wir leben in der Neujaahrsheuschucht nach einem geraden, entschiedenen, rücksichtslosen Kurs. — Schleicher würde die Wendung von dem „nach allen Richtungen wedelnden Delzweig“ sicher mit großer Freude lesen. Wir glauben nicht sehlgutgehen in der Annahme, daß etwa die Art, wie Italien regiert wird, der A. Z. als Ideal erscheint. Dort würde ein Blatt, das die Arbeit des Regierungschefs in dieser Tonart „empfiehlt“ allerdings sehr bald etwas vom „rücksichtslosen Kurs“ merken.

Muß man Liebesbriefe schreiben?

Lächerliche Frage, werden viele unserer Leser denken: Natürlich muß man nicht. Jrrtum, meine Damen und Herren, man muß doch: Nämlich wenn man Stenotypistin ist und es dem Chef einfällt, einem neben den Geschäftsbriefen auch Liebesbriefe zu diktieren, so muß man auch diese Briefe schreiben. So hat das Landesarbeitsgericht Berlin dieser Tage entschieden. Eine Stenotypistin war fristlos entlassen worden, weil sie sich geweigert hatte, Liebesbriefe des Chfs in die Maschine zu schreiben. Das Arbeitsgericht Berlin hatte die Entlassung für unberechtigt erklärt, das Landesarbeitsgericht als endgültig entscheidende Instanz den gegenteiligen Standpunkt eingenommen.

Die Kunde von diesem bemerkenswerten Urteil drang bis Paris. Und dort fand man die Sache so interessant, daß die Berufsverbände der Stenotypistinnen eine Protestversammlung abhielten, in der eine Entschliekung gefaßt wurde: Die Stenotypistinnen in Paris würden Liebesbriefe ihrer Chfs nicht schreiben. Worauf verschiedene französische Juristen in der Presse Artikel veröffentlichten, in denen nachgewiesen wurde, daß auch nach französischem Recht das Berliner Urteil zutreffend sei. . . .

Uns aber scheint es das Bemerkenswerteste an der ganzen Sache zu sein, daß es überhaupt noch Männer gibt, die Liebesbriefe schreiben. . . .

Leipzig und Umgebung

Von der Landesuniversität. Dr. phil. Georg Sacke ist die Lehrberechtigung für Geschichte (osteuropäische Geschichte) in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig erteilt worden.

Wrao! Wie die Pressestelle des Landgerichts Leipzig mitteilt, darf die Leipziger Wochenschrift „Das Echo“ auf Grund des Schund- und Schmutzgesetzes nicht mehr in den Schaufenstern ausgehängt und auch nicht mehr in Kiosken und im Straßenhandel öffentlich angeboten werden.

Bei den Landgerichten in Leipzig wurden mit dem 1. Januar 1933 verschiedene dienstliche und personelle Veränderungen vorgenommen. So wurden aus Sparmaßnahmsgründen und infolge Rückgangs der Klagesachen beim Landgericht drei Zivilsektionen und drei Gerichtsvollziehersektionen eingezogen. Beim Landgericht für Strafsachen in der Elisenstraße wurde an die Stelle des Landgerichtsdirektors Dr. Arndt Staatsanwalt Dr. Höber berufen, der bisher die politischen Sachen bearbeitete. Der Nachfolger für Dr. Höber wurde vom sächsischen Justizministerium noch nicht bestimmt.

Unfall mit Todesfolge. Vor einigen Tagen war auf der Staatsstraße Schönau-Markranstädt der 58 Jahre alte Gutsbesitzer Paul Schade von seinem mit Holz beladenen Wagen gestürzt und von dem Fahrzeug überfahren worden. An den Folgen der schweren Verletzungen, die Schade dabei erlitten hatte, ist er nunmehr gestorben.

Ausgabe von Reichsverbilligungsscheinen

für Fleisch und andere Lebensmittel und Brennstoff.

Der Rat zu Leipzig teilt mit: Reichsverbilligungsscheine erhalten: 1. alle von der öffentlichen Fürsorge als Hauptunterstützte laufend unterstützten Personen, 2. Empfänger von Zuschüssen nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie ausschließlich auf Rente und Zulage nach dem Reichsversorgungsgesetz angewiesen sind, also keine anderen Rentenbezüge, z. B. Invalidenrente, Invaliden-Waisenrente, Ruhegeld, Bezüge aus der Angestelltenversicherung, Krankengeld oder Einkommen aus Arbeit oder Unternehmungen usw. haben, und zwar a) die in den W.E.-Stellen unterstützten Erwerbslosen (insbesondere Wohlfahrtsvermerkslose) in den W.E.-Stellen an den Jahrestagen von 9—14 Uhr, b) die übrigen vom Fürsorgeamt laufend unterstützten Gruppen in den Wohlfahrtspflegestellen von 9—13 Uhr, c) die Kriegsbeschädigten und Kriegereinterbliebenen, die vom Ortsamte laufend unterstützt werden, und die Zu-

Um Benneckes Immunität

Der Landtagsvorstand berät — Zusammentritt des Landtags am 10. Januar

Die SPD-Fraktion hat dem Präsidenten des sächsischen Landtags, Dr. Eckardt, folgenden Brief übersandt:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hält es für dringend notwendig, daß die Ausbedung des an dem Nationalsozialisten Gentsch verübten scheußlichen Verbrechens von der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichtsbehörden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln betrieben wird. Hierzu gehört vor allem die Erfüllung der Forderungen, die im Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gestellt worden sind. Gemäß den Bestimmungen im Artikel 8 der Verfassung beantragt daher die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Einberufung des Landtags für Dienstag, den 10. Januar 1933, mit der Tagesordnung: Beratung des Antrags Memorandum an dem Nationalsozialisten Gentsch betreffend.“

Diesem Antrag muß auf Grund der Verfassung stattgegeben werden, da es genügt, wenn ein Fünftel aller Abgeordneten einen derartigen Antrag stellt. Die SPD-Fraktion allein verfügt über ein Drittel aller Mandate. Es ist damit zu rechnen, daß daher schon am 10. Januar die Immunität Dr. Benneckes aufgehoben wird.

Uebrigens haben die Kommunisten im Dresdner Stadtverordnetenkollegium einen Antrag eingebracht, der strenge Untersuchung gegen den Kriminalrat Vogel

und die sofortige Amtsenthebung der am Verschwinden der Mörder schuldigen Beamten fordert.

Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von untrichteter Seite erfährt, tritt der Landtagsvorstand am Donnerstag zusammen. Er wird in dieser Sitzung über den Antrag der SPD. auf vorzeitigen Zusammentritt des Landtags am 10. Januar zwecks Beschlußfassung über den Antrag des Generalstaatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennecke wegen Begünstigung der Mörder des Gentsch beschließen. Aller Voraussicht nach wird sich der Landtagsvorstand mit dem vorgeschlagenen Tage einverstanden erklären. Vermutlich wird eine Ausschüßberatung und damit eine Vertagung der Beschlußfassung nicht notwendig werden.

Neue Beschuldigungen gegen Dr. Bennecke

Aus nationalsozialistischen Kreisen werden neue schwerwiegende Mitteilungen über den Abg. Dr. Bennecke, den Führer der Dresdner SA, gemacht. Danach soll Bennecke zwei Tage vor Totensonntag, also am 18. November, mithin 14 Tage nach dem Mord an Gentsch, die Fundstelle an der Talsperre besichtigt haben. Wir geben diese Mitteilungen, die, wenn sie wahr ist, ein ungeheuerliches Verhalten enthüllen würde, zunächst unter Vorbehalt wieder, bemerken aber, daß dem Staatsanwalt Anzeige hierüber gemacht worden ist.

Aus der Lausitz

I. Schirgswalde. In unserem janges- und musikalischen Städtchen herrscht seit vielen Jahren der schöne Brauch, daß stets am Neujahrstage der Bewohnererschaft vom Besitzer des Fremdenhofs „Zum Erbgericht“ ein erstklassiges Militärkonzert geboten wird. Heuer wird dieses Konzert an Stelle einer Militärkapelle erstmalig von der hiesigen Musikvereinigung gespielt und zwar in einer ganz vorzüglichen Art und Weise. Seit die Musikvereinigung sich der Leitung des hochbegabten Herrn Lehrer Felix Töppel, dessen Werken Millionen deutscher Rundzuhörer in den letzten Monaten mit Begeisterung wiederholt lauschen konnten, unterstellt hat, hat sich ihr Können und auch ihr Ruf sprunghaft gesteigert. Auch diesmal war der große Erbgerichtssaal bis auf den letzten Platz besetzt. Die Darbietungen der Kapelle waren Musterleistungen. Den Höhepunkt des Abends bildete die von Herrn Töppel meisterhaft gespielte 7. Arie mit Variationen für Violine solo mit Orchesterbegleitung von Beriot. Gleichen stimmungsvollen Beifall fanden Herrn Töppels Kompositionen „Tanz-Suite Nr. 1“, gespielt vom Komponisten und Herrn Alfons Dietrich auf zwei vorzüglichen Flügeln der Firma Scholze-Georgswalde und die „Liebliche Serenade für Streicher und obligate Instrumente“. Jedenfalls ist das Urteil eines weitbekannten Musikkritikers: „Herr Töppels Werke sind Ausflüsse eines Vollblutmusikanten“, voll berechtigt. Sicher ist die Zeit nicht mehr fern, daß seine Werke bei jedem großen Konzert mit vertreten sein müssen. Die Vortragsfolge ließ außerdem noch Offenbach, Waldteufel und Abraham zu Worte kommen. Herr Töppel hatte für sämtliche Vortragskräfte den zweiten Klavierpart arrangiert. — Nach dem Konzert spielte die gesamte Kapelle zu einem flotten Ball auf. n3.

Autobusunfall durch Glatteis

Wsl. Baugen, 3. Januar. Am Morgen des Neujahrstages fuhr in Niederpukhau ein großer Autobus der R. V. G. infolge des Glatteises in einer abschüssigen Kurve gegen ein Scheunentor. Bei dem Aufprall wurde der Wagen erheblich beschädigt, so daß er abgeschleppt werden mußte. Die Insassen wurden nur geringfügig verletzt. — Auch bei Lubachau stürzte am Sonnabend abend infolge des Glatteises ein Personenkraftwagen in den Graben, einem Gartenzaun umrennend. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

I. Großschönau. 100jähriges Bestehen einer Mechanischen Weberei. Die weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Mechanische Weberei C. G. Hänisch in Großschönau konnte am Sonnabend auf ihr 100. Geschäftsjahr zurückblicken. Die Jubelfirma zählt heute mit zu den größten Frottkier- und Tischzeugfabriken der Oberlausitz.

Eine Baugrube der Hamburger Utergrundbahn

Hamburg, 3. Januar. Die in monatelanger Arbeit hergestellte Baugrube für den neuen Utergrundbahnhof Jungfernstieg ist heute früh eröffnet. Wasser der Binnenalster, die mit ungeheurer Kraft unter der Spundwand durchgebrochen war, drang mit solcher Schnelligkeit in den Schacht ein, daß die in der Baugrube beschäftigten Arbeiter sich nur mit knapper Not retten konnten.

fahrentenempfänger (s. o.) im Ortsamt für Kriegerversorgung von 9—13 Uhr. Brennstoff erhält nur, wer eigenen Haushalt führt. Als Anweisung sind vorzulegen: Fürsorgeausweis oder Rentenbescheid.

Riesa. Selbstmord eines Polizeibeamten. Der 24 Jahre alte Gendarmwachmeister Walter Dorn von der Gendarmerieabteilung Riesa beging Selbstmord durch Erschießen. Bei einer Silvesterfeier war es zwischen Dorn und Zivilpersonen zu heftigen Streitigkeiten gekommen. In der Erregung eilte der junge Beamte in die nahe Gendarmerietasche, holte seine Dienstpistole und erschoss sich auf der Straße.

Verkehrsunfall auf dem Hauptbahnhof Halle.

Halle, 3. Januar. Am Montag vormittag kam ein mit Batterien beladener Wagen in einem Postfahrstuhl des Hallischen Hauptbahnhofes in Bewegung. Dabei wurden die beiden Begleiter so unglücklich eingeklemmt, daß sie schwere Verletzungen davontrugen. Die Verunglückten wurden in die Chirurgische Universitätsklinik gebracht.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

21 oder 23 Stadtverordnete?

H. Annaberg. Auf Anweisung der Kreishauptmannschaft hatten die Stadtverordneten einer Herabsetzung der Zahl ihrer Mitglieder von 35 auf 29 zugestimmt; der Kreisaußschuß Chemnitz hatte den Beschluß genehmigt. Ulfomehr ist man jetzt hier überrascht, daß die Aufsichtsbehörde die Zahl der Stadtverordneten jetzt auf 21 herabgesetzt zu sehen wünscht. Nach Mitteilung von zu leitender Stelle würde ein Einspruch gegen diese Anweisung keinen Erfolg haben, doch hat der Rat trotzdem vorgeschlagen, es bei einer Herabsetzung auf 23 zu belassen. Dann würde ein Ausschleiden von neugewählten Stadtverordneten nicht nötig sein, weil 6 Stadtverordnete ohnedies in den Rat gewählt werden.

Chemnitz. Versuchter Kindesmord. Eine in der Rudolfstraße wohnhafte ledige Arbeiterin warf ihr acht Wochen altes Kind in den Mühlgraben. Ein Mann sprang sofort nach, rettete das Kind und übergab es einem Arzt. Die Mutter, die erst kürzlich aus der Nervenheilanstalt entlassen worden war, wurde festgenommen.

H. Wohnhausbrand. Am Neujahrstage entstand in Chemnitz auf der Ludwigstraße vermutlich durch unvorsichtigen Umgang eines Kindes mit Licht ein Wohnungsbrand. Die Verqualmung der Räume war derart, daß die Feuerwehr nur mit Gasmasken unter Zuhilfenahme der Motorleiter an den Brandherd gelangen konnte.

H. Freiberg. Vom Zuge überfahren. Kurz vor dem Bahnhof Klingenberg-Colmnitz ließ sich in den frühen Morgenstunden des Dienstag ein 18jähriger Schüler vom Zuge überfahren. Dem Unglücklichen, der aus Dresden stammte, wurde der Kopf vom Körper getrennt.

H. Gera, 3. Januar. Sie wollten ihren Silvesterpunsch klauen. In der Nacht zum Sonnabend überraschte ein Polizist fünf junge Leute aus Gera bei dem Versuch, in die Verkaufsstelle einer Likörfabrik einzubrechen. Sie waren mit Einbrecherwerkzeugen versehen.

H. Stollberg. Explosion im Schaufenster. In der Schaufensterauslage eines Stollberger Friseurgeschäftes explodierte eine Parfümfiasche. Gleichzeitig wurde eine größere Anzahl danebenstehender Parfümfiaschen entzündet. Im Ru stand die ganze Schaufensterauslage in Flammen. Es ist erheblicher Sachschaden entstanden.

H. Weida, 3. Januar. Die Weidaer Jutespinnerei und -Weberei, A. G., in Weida, die seit einem Vierteljahr mit 750 Mann Belegschaft arbeitet, hat soeben in einer Abteilung mit ungefähr 80 Leuten Doppelschichten eingerichtet, da einige Aufträge zu erledigen sind. Man rechnet mit einem Durchhalten der Doppelschichten bis zum Februar.

Schiffszusammenstoß im Hamburger Hafen Ein Schlepper gesunken.

Hamburg, 2. Januar. Vor der Einfahrt zum Hamburger Segelschiffhafen ereignete sich am Montag nachmittag um 14.30 Uhr ein schwerer Unfall. Das Flensburger Motorschiff S. C. Horn sollte in den Segelschiffhafen gelegt werden und kollidierte bei diesem Manöver mit einem seiner beiden Schlepper. Der Schlepper „Edith“ der Firma Louis Mener kenterte und sank sofort. Einige Leute der Mannschaft konnten sogleich von den in der Nähe befindlichen Fahrzeugen aufgenommen werden, doch fürchtet man, daß das Maschinenpersonal — ein oder zwei Mann — nicht gerettet ist. Taucher und Feuerwehrlöschboot weilen zur Hilfeleistung an der Unfallstelle.

Hausfuchungen wegen Spionageverdachts in Brunn

Wtb. Brunn, 3. Januar. Im Zusammenhang mit einer Spionageaffäre in den Pilsener Schokawerken wurde auch in Betrieben der hiesigen tschechoslowakischen Waffenfabrik eine Durchsuchung vorgenommen. Hierbei wurde festgestellt, daß in der Konstruktionsabteilung dieser Betriebe einige Kopien von Herstellungsplänen verloren gegangen sind. Auf Grund dieser Feststellung wurden einige Hausfuchungen vorgenommen und eine große Anzahl von Zeugen vernommen. Die Untersuchung hatte bisher kein Ergebnis, wird jedoch fortgesetzt. Verhaftet wurde niemand.

Bombenanschlag bei Landsberg (Warthe)

Landsberg (Warthe), 3. Januar. Auf das Haus eines Maurers in Gennin wurde in den ersten Morgenstunden des Montag ein Bombenanschlag verübt. In das Mauerwerk des neben dem Wohnhause liegenden Stalles wurde ein großes Loch gerissen und das Dach des Stalles zum Teil abgedeckt. Dies ist bereits der dritte Anschlag, der auf das gleiche Gehöft verübt worden ist. — Die Nachforschungen nach dem Täter waren bisher ergebnislos.

Fischerstreik in Ymuiden

Wtb. Amsterdam, 3. Januar. Im holländischen Fischereihafen Ymuiden ist ein Streik des Fischereipersonals ausgebrochen, an dem etwa 1500 Personen beteiligt sind. Der Streik ist auf einen Lohnkonflikt zurückzuführen.

Gepanzertes Schmugglerauto gestoppt

Röln, 2. Januar. In dem Waldgelände von Wemb stellten gestern Zollbeamte einen großen Personenkraftwagen, der von der Grenze her kam und eine für den Kraftwagenverkehr gesperrte Privatstraße mit abgedeckten Lichtern befuhr. Als die Grenzbeamten sich dem Wagen in den Weg stellten, gab der Führer des Autos Vollgas und steuerte auf die Beamten los. Diese brachten sich durch einen Seitensprung in Sicherheit, schossen hinter den Schmuggler her und nahmen in einem zweiten Wagen die Verfolgung auf. Unterdessen war eine zweite Beamtenstaffel an der nächsten Schranke alarmiert worden, die den Führer des herannahenden Schmugglerautos mit Scheinwerfern blendeten, so daß der Wagen in voller Fahrt gegen die Schranke sauste, sich überschlug und in den Graben stürzte. Die Insassen konnten unverletzt festgenommen werden. Der große Sechsführer war mit doppelten Stahlplatten vollkommen gepanzert und enthielt zehn Zentner Tabak und Kasse sowie 2000 Zigaretten. Bei den Festgenommenen handelt es sich um einen Holländer und einen Polen. Man fand bei ihnen mehrere Armeepistolen mit Dum-Dum-Geschossen.

Ellenbahnunfall in Weßfalen

Ein Toter, mehrere Verletzte

Letmathe (Weßfalen), 3. Januar. Im Bahnhof Letmathe fuhr Montagabend auf einen zur Ausfahrt bereitstehenden Personenzug infolge unerlaubter Freigabe des Gleises ein Güterzug auf. Durch den Anprall wurde der Zugführer des Personenzuges, Gustav Schneider, der sich auf der Plattform des letzten Wagens befand, unter den Güterzug geschleudert und getötet. Die beiden Lokomotivführer und zwei Reisende wurden verletzt.

Bekündung der siamesischen Verfassung



Siam hat eine Verfassung!

Unser Bild zeigt, wie sie dieser Tage in Bangkok feierlich verkündet wurde. Damit hat die letzte absolute Monarchie der Welt konstitutionellen Charakter erhalten.

Amerikas soziale Krise

Neu-York, 3. Januar. (United Press.)

Der im Jahre 1929 einberufene Hoover-Ausschuß zur Untersuchung der sozialen Lage hat der Regierung nunmehr als Resultat vierjähriger Arbeit einen dickleibigen, 1508 Seiten enthaltenden Bericht überreicht. Der Bericht, der von fünfhundert Mitarbeitern verfaßt wurde und 2 Millionen Mark kostet, welche Summe von der Rockefeller-Stiftung zur Verfügung gestellt worden war, schlägt unter anderem die Schaffung eines Nationalrates zur Lösung grundlegender sozialer Probleme vor; im übrigen beschäftigt er sich eingehend mit einer gewaltigen Zahl dieser Probleme, wenn auch in den ein-

zelnen Fällen keine definitiven Maßnahmen angeregt werden. So wird festgestellt, daß die Bemühungen um eine verkürzte Arbeitswoche durch die Wirtschaftskrise eine Unterbrechung erfahren haben und erklärt, daß seit Durchführung der Prohibition ein noch nie dagewesenes Anwachsen des Verbrechertums erfolgt sei. Es sei nötig, das jetzige soziale System in weitem Maße zu verbessern. Im anderen Falle wäre es nicht zu vermeiden, das gewalttätige Erhebungen ausbrechen, in denen die Freiheit und die Demokratie schwere Verluste erleiden müßten, und in denen auch das jetzige Produktionssystem außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen werden würde.

Landjäger erschleht kommunistischen Messerstecher

Wesel, 2. Januar.

In Friedrichsfeld bei Wesel wurde in der Frühe des Neujahrstages der Arbeiter Mahrohn durch den Landjäger Wengler in Notwehr erschossen. Wie von amtlicher Seite dazu bekannt wird, war Mahrohn Vorsitzender der Ortsgruppe der KPD in Friedrichsfeld bei Wesel. Er war als gewalttätiger Mensch bekannt und wegen Mißhandlungen mehrfach verurteilt. Mahrohn hatte kurz vorher einen 60jährigen Postbeamten, der sich auf dem Dienstwege befand, ohne jeden Grund mit einem Messer in den Arm gestoßen. Als der Landjäger Wengler den Angegriffenen nach Hause bringen wollte, ging Mahrohn mit offenem Messer auf den Angegriffenen los. Der Beamte griff zu seiner Schusswaffe und verletzte Mahrohn tödlich. Mehrere unparteiische Augenzeugen haben bestätigt, daß der Landjäger in Notwehr gehandelt hat.

Reichseinnahmen und -ausgaben im November

Wtb. Berlin, 2. Januar. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums ergibt sich im November 1932 im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 74,5 (im Vormonat 98,1) Mill. RM. Der aus dem Vorjahre übernommene Fehlbetrag vermindert sich nach dem Schuldentilgungsgesetz um 280,0 Mill. RM. auf 1252,3. Im außerordentlichen Haushalt wurden im November 1,5 (3,9) Mill. RM. verausgabt, während Einnahmen nicht ausgewiesen werden. Für beide Haushalte errechnet sich Ende November ein Gesamtschuldenstand von 1285,3 (1244,3) Mill. RM.

GPU. säubert die Bundesmiliz

Moskau, 2. Januar.

Nach der Übernahme der gesamten sowjetrussischen Bundesmiliz durch die GPU, hat der stellvertretende Leiter der GPU, Prokofjew, mehrere führende Beamte der Bundesmiliz ihrer Posten enthoben, weil sie nach Auffassung der neuen Führung der Miliz nicht in der Lage sind, solche Ämter zu bekleiden. Sie werden durch Beamte der GPU ersetzt.

Aus aller Welt

Einführung einer Arbeitslosenversicherung fordern die Arbeiter in Litauen, da sich ihre Lage außerordentlich verschlechtert hat. Allein in Rowno werden zurzeit 4000 Arbeitslose gezählt. Ein großer Teil der Fabriken in Litauen arbeitet nur noch zwei bis drei Tage in der Woche. Die Löhne sind dabei um 10 bis 30 Prozent gesenkt worden. Mehrere Betriebe beabsichtigen überhaupt zu schließen.

Den Kampf gegen die Raufschäfte will die Türkei, eines der wichtigsten Produzentenländer von Opium, nunmehr forcieren. Auf die Initiative von Mustafa Kemal hat die türkische Regierung ein Programm von internationaler Bedeutung ausgearbeitet, dessen wichtigste Punkte sind: Regelung der Frage des Beltriebs der Türkei zu den Beschläffen der letzten internationalen Raufschäftekonferenzen; Konzentrierung der Herstellung von Raufschäften, die für medizinische Zwecke bestimmt sind, in einer zu gründenden internationalen Fabrik; einseitigen Monopolisierung der Produktion solcher Raufschäfte in der Türkei durch den Staat.

Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien beträgt zurzeit 154 000. Weitere 144 000 Werktätige sind nicht voll beschäftigt. Seit der letzten Zählung ist ein Rückgang der Erwerbslosen um 13 000 zu verzeichnen.

„Postgut“, eine neue Versandart der Reichspost

Bei der Deutschen Reichspost wird vom 15. Januar ab eine neue billige Versandart für Kleingut, Postgut genannt, eingeführt. Die Einlieferung kann erfolgen bei allen Postanstalten, wenn es sich um mindestens fünf Sendungen nach demselben Bestimmungsort handelt, und ohne Rücksicht auf die Zahl der Sendungen nur zwischen größeren Orten. Das Höchstgewicht ist auf 7 Kilogramm begrenzt. Die Beförderungsgebühr beträgt in der 1. Zone bis 75 Kilometer bis 5 Kilogramm 35 Pf., bei 5 bis 6 Kg. 40 und bei 6 bis 7 Kg. 45 Pf., in der 2. Zone bis 150 Km. bis 5 Kg. 45, bei 5 bis 6 Kg. 55 und bei 6 bis 7 Kg. 60 Pf., in der 3. Zone bis 375 Km. bis 5 Kg. 45, bei 5 bis 6 Kg. 55 und bei 6 bis 7 Kg. 65 Pf., in der 4. Zone bis 750 Km. bis 5 Kg. 60, bei 5 bis 6 Kg. 80 Pf., und bei 6 bis 7 Kg. 1 Mark und in der 5. Zone über 750 Km. bis 5 Kg. 65, bei 5 bis 6 Kg. 80 Pf., und bei 6 bis 7 Kg. 1,20 Mark. Der Tarif für das Postgut ist ein Freihaus-Tarif. Das Postgut wird also ohne Erhebung einer besonderen Zustellgebühr dem Empfänger ins Haus gebracht. Es besteht kein Freimachungszwang, und ein Zuschlag für nicht freigemachte Sendungen wird nicht erhoben. Haftung, Einlieferung, Verpackung, Verschluß, Nachsendung usw. sind wie bei Postpaketen. Eine Sendung bis zehn Sendungen an denselben Empfänger bedürfen nur einer Paketkarte. Bei Nachnahmen für jede Sendung ist ebenfalls nur eine Paketkarte erforderlich. Die Sendungen sind zu kennzeichnen durch die Angabe „Postgut“ im Kopf der Anschrift, die Paketkarten durch die Angabe „Postgut“ im umrandeten Raum oberhalb der Anschrift.

Nach dem Neujahrsempfang.

Das diplomatische Korps in Paris vor dem Einzug nach dem Empfang durch Staatspräsident Lebrun. Rechts: Nuntius Maglione.



Vom Neujahrsempfang in Paris